

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 S.

Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 6. März 1897.

Inserate die dreizehnbaltige Zeile oder deren Raum 30 S

Redaktion und Expedition:

Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Vom Klassenkampf. — Reichstagsbrief. — Die Stellung der sozialdemokratischen Partei zur staatlichen Arbeitslosenversicherung. — Zum Ausbau des Metallarbeiter-Verbandes. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Berichtung zu den Anträgen zur Generalversammlung, Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — An die Verwaltungsstellen des D. M. - V. von Schlesien und Posen. — An die Metallarbeiter des Herzogthums Braunschweig und angrenzender Bezirke. — Erklärung. — Vermischtes. — Pitterarisches.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzubalten: von Formern und Gießereiarbeitern nach **München** (Landes) St. und **Schwelm** (Firma Behn) St.; nach **Dinglingen** in Baden und **Stuttgart** (C. Häufler) St.; von Gelbgießern, Drehern und Gürtlern nach **Hamburg** (Fied. Söhne); von Altempnern nach **Fleussburg** (Blechwaarenfabrik Chr. J. Müller); von Arbeitern der Fahrradbranche nach **Halsens** v. Berlin (Sturmvogel), **Steyr** (Waffenfabrik) St., **Frankfurt** am Main (Meier); von Altempnern, Emailarbeitern, Schlossern, Maschinenbauern u. Metallarbeitern aller Ver. nach **Lübeck** St.; von Altempnern nach **Offenburg** i. Baden (Blechermmeister und Justallateur Adolf Burg); von Arbeitern der Lampenbranche nach **Neustadt** a. d. Orla (Carl Berthold); von Feilenbauern nach **Hamburg** (Merz); von Schlossern und Drehern nach **Halle** a. d. S. (Maschinenfabrik Krebs); von Bau- und Schlossern nach **Karlsruhe** (H.). Kreis, S. Wees.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, alle übrigen nur gesperrt; v. St. heißt: Streik in Aussicht.)

Vom Klassenkampf.

Das nicht bloß die Geschichte, sondern auch lebendige Thatsachen die beste Lehrmeisterin der Menschheit, hat der Verlauf und das Ende des großen Hamburger Hafenarbeiterstreiks gezeigt. Von Anfang bis zu Ende zeigte dieser gewaltige Kampf eine ungemein klare Situation: auf der einen Seite das reinlich geschiedene, organisierte und solidarische Unternehmertum, auf der anderen Seite die Arbeiterschaft. Und zwar nicht bloß in Hamburg, auf dem Kampfplatz selbst, bestand diese reinliche Scheidung der Klassen, sondern in ganz Deutschland und im Ausland. Diese Scheidung erstreckte sich auf alle sozialen Organisationen, auf die Presse, auf das Parlament, auf die Behörden und die Reichsregierung. Die Proklamation des Klassenstaates, der Klassenregierung, der einseitigen Thätigkeit der Behörden sind noch nie zuvor so klar und ungeschminkt erfolgt, als während der fast dreimonatlichen Dauer des Hamburger Streiks. Nur einige wenige derer von Besitz und Bildung, einige Ideologen und Philantropen erlaubten sich kleine Entgleisungen, so mehrere Professoren, Pastoren u. und sie mußten sofort die ganze Noblesse der Kapitalisten und ihrer Handlanger aller Art in rüpelhafter Weise erfahren. Kapitalistische Politik gegen das arbeitende Volk dürfen die Professoren, Beamten, Lehrer, Pfaffen u. treiben, so viel sie wollen, ja sie sollen solche treiben und es wartet ihrer dafür Belohnung und Karriere; aber arbeiterfreundliche Politik ist ihnen bei Strafe der Maßregelung, des Höherhängens des Probkores verboten. Bei derartigem pöbelhaften, kapitalistischen Terrorismus müssen edlere Naturen, deren es in den höher gebildeten Kreisen ja ohne Zweifel in größerer Zahl gibt, von der rohen Herrschaft des Kapitalismus angewidert und angeekelt werden und sich nach Befreiung aus einer Welt sehnen, in der die Stimm des Ton angeben.

Der Hamburger Streik war ein äußerst lehrreicher praktischer Anschauungsunterricht über die zwei Klassen der heutigen Gesellschaft: die Arbeiterklasse und die Unternehmerklasse. Häufig wird bekanntlich von den Sotten der Gesellschaft über die bestehenden sozialen Gegensätze mit dem bequemen Sprüchlein hinweggegangen, daß es Arme und Reiche immer gegeben habe und immer geben werde; es gelte nur, die Armut durch Wohlthätigkeit und Almosen („christliche Barmherzigkeit“) zu mildern. Die in Armut und Reich-

thum sich ausdrückenden hundertfachen Klassengegensätze gibt man also zu, aber die Besitzenden wollen sie eigentlich nur als erträgliche Schönheitsfehler der so überaus vollkommenen „göttlichen Weltordnung“ gelten lassen. Die Grundursache alles Mergers über die sozialdemokratische Bewegung besteht für die Besitzenden und Herrschenden darin, daß sich die Sozialdemokratie nicht auf der Nation, nicht auf dem „Volke“, sondern auf der arbeitenden Klasse aufbaut und die Struktur der kapitalistischen Gesellschaft in Gestalt des Klassenbewußtseins der Arbeiterschaft klar macht. Klarheit fürchten aber die Herrschenden immer, deren soziale und politische Harmoniebuscheln, Unklarheit und Verwirrungsmenge aller Art bilden das bekannte trübe Wasser, in dem Bourgeoisie und Junker erfolgreich fischen können. Darum enthalten denn auch die Strafgesetze Deutschlands, Oesterreichs, Italiens u. in rührender dreibündlerischer Einigkeit Paragraphen über „Erregung von Haß und Verachtung, über die Aufreizung der bestehenden Klassen gegeneinander“ usw., welche dafür strenge Strafen bestimmen. Aber die wahren und vorangehenden Aufheber und Aufwiegler sind noch immer die Besitzenden selbst und insbesondere im Hamburger Streik die Schiffsunternehmer und ihre Klassengenossen. Ihr Klassengegennuß provozierte den Streik und er war es auch, der dessen lange Dauer verschuldete und die Arbeit wieder einmal überwältigte. Die Geschichte der Befreiung der Arbeit ist reich an solchen Niederlagen, denen allerdings auch Siege und Erfolge gegenüberstehen; die brutale und prokige Ueberwältigung der Hamburger Arbeiter durch das Kapital war nicht die letzte Niederlage. Aber wie bisher trotz aller Niederlagen unser Befreiungswert vorwärts marschierte, so wird es auch in Zukunft sein; denn gleich dem Vogel Phönix erhebt sich die niedergedrückte Arbeit immer wieder aufs Neue, bis endlich einmal die Arbeit das Joch zerschmettern und sich befreien wird.

Die Niederlage der Hamburger Arbeiter, so heldenhaft sie den allwöchentlichen Kampf führten und so reichlich sie von den Arbeitern des In- und Auslandes auch unterstützt wurden, haben leider auch selbst viele Fehler gemacht und den Unternehmern den Sieg allzu sehr erleichtert. Nur zum kleinem Theil organisiert und diszipliniert und für die Arbeiterbewegung geschult, keine Klassen zur Verfügung, den Winter vor der Thür, der in dem Kampfe ebenso sehr günstig für die Unternehmer wie ungünstig für die Arbeiter war, eine Masse verfügbarer Saisonarbeiter, die jeden Winter arbeitslos sind und sich auch gerne den Hamburger Unternehmern als Streikbrecher zur Verfügung stellen; sodann die ungeschminkte Einseitigkeit der Hamburger Behörden zu Gunsten der Unternehmer — unter solchen Umständen mußten die Arbeiter den Kürzeren ziehen. Die vielgeschmähten Arbeiterführer, welche in Würdigung aller Verhältnisse und bei ihrer besseren Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge vom Streik abgerathen, sehen ihre ablehnende Haltung und ihre Warnung durch den Ausgang des Streiks leider gerechtfertigt.

Aber mit der Beendigung des Hamburger Niesenkampfes ist der soziale Kampf nicht beendet; die Arbeiter sind geschlagen, aber nicht vernichtet und die Unternehmer sind mit ihrem Siege noch nicht am Ende aller Tage angelangt. Der Niese Arbeit wächst weiter und er wird mit seinen Ansprüchen und Forderungen wieder kommen, er wird überlegter zu Werke gehen und siegen. Und zwar nicht nur in Hamburg, sondern auf der ganzen Linie. Das Jahr 1897 wird ein reiches Kampfsjahr sein und in jedem Konfliktfalle werden sich die Arbeiter der Lehren erinnern, welche der Hamburger Streik aufdrängt oder auch nur eigentlich wieder erneuert, denn die gleichen Lehren hat schon mancher verlorenen Schlacht geboten und sie werden das ganze Jahr hindurch in unserer gewerkschaftlichen und politischen Presse gepredigt. Diese Lehren heißen Aufklärung durch

Wort und Schrift, Organisation, Anhäufung von Geldmitteln zur Führung von Kämpfen, Disziplin und Solidarität, Berücksichtigung der Geschäftskonjunktur, der Arbeitslosen und der Jahreszeit, aber auch der Organisation, Solidarität und der wirtschaftlichen Situation der Unternehmer.

In diesen Beziehungen recht beachtenswerth sind einige Bemerkungen des Nürnberger Arbeitersekretariats in seinem zweiten Jahresberichte. „Die Metallarbeiterorganisationen haben“, heißt es da, „trotz eines gänzlich überflüssigen Streites über innere Verwaltungsangelegenheiten erhebliche Fortschritte zu verzeichnen, doppelt so stark könnte der Deutsche Metallarbeiterverband hier (in Nürnberg) sein, wenn die einzelnen Sektionen energisch zusammengreifen und ihre Berufsgenossen für die Organisation mehr als bisher interessieren würden. Die Metallarbeiter stehen hier einem festgeschlossenen Unternehmerkartell gegenüber, sind sie nicht auf der Wacht, gelingt es ihnen nicht, die Tausende nichtorganisierter Metallarbeiter von Nürnberg und Umgebung in die Organisation zu bringen, so haben sie in Zukunft einen sehr schwierigen Stand. Wiederholt haben Unternehmer, z. B. in der Fahrradindustrie Lohnabzüge gemacht, die nicht verhindert werden konnten, weil der Prozentfuß der organisierten Arbeiter zu gering war und das in Betracht kommende Menschenmaterial für energischen Widerstand nicht brauchbar ist. Für die Arbeiter in den Maschinenfabriken ist die Konjunktur nicht ungünstig, aber die Zahl der organisierten Arbeiter ist zu klein, um Forderungen mit Nachdruck stellen zu können.“

Es wird dann weiter ebenso nüchtern wie zutreffend bemerkt, daß mit Begeisterung allein kein Erfolg in den Lohnkämpfen zu erzielen ist, sondern eine Reihe anderer realer Faktoren dabei mitspielt, deren wir bereits Erwähnung thaten. Und endlich wird noch die von unseren Arbeitern zu häufig übersehene Thatsache angeführt, daß die Unternehmer über die Situation der Arbeiter gut unterrichtet sind, die Stärke ihrer Organisationen wie Klassenbestände kennen und zum Beweise hierfür die betreffenden Nummern der Gewerkschaftsblätter vorlegen.

Alle diese Fingerzeige, die durch den Ausgang des Hamburger Streiks besondere Bedeutung erhalten, sind in hohem Maße beachtenswerth und sollten beim heran-nahenden Frühjahr mit seinen voraussichtlichen Kämpfen nicht übersehen werden. Obwohl die sozialen Kämpfe selbst bei Niederlagen der Arbeiter für diese demnach von moralischen Erfolgen sind, wie schon Friedr. Alb. Lange in der „Arbeiterfrage“ ausführlich und insbesondere das Klassenbewußtsein wecken und schärfen sowie die Erkenntnis von der Nothwendigkeit der Organisation und Solidarität aufbrängen, so möchten wir doch nicht empfehlen, um dieser Folgen willen Kämpfe mit wahrscheinlichen Niederlagen anzufangen. Um so weniger, als je länger je mehr die Siege, und diese erst recht, dieselben guten Folgen haben. In jedem Falle kämpft man selbstverständlich zunächst des Erfolges willen, um das gesteckte Ziel zu erreichen und deshalb sollten alle Faktoren und Chancen gut und reiflich erwogen werden, ehe zum offenen Kriege übergegangen wird. Wir hoffen insbesondere von den Metallarbeitern, daß auch sie von den aus dem Hamburger Streikausgang zu ziehenden Lehren im gegebenen Falle die rechte Anwendung machen werden.

Reichstagsbrief.

Berlin, 25. Februar 1897.

Seit dem Wiedezusammentritt des „hohen Hauses“ nach den Weihnachts- resp. Neujahrsferien haben sich in der hohen Politik allerhand Ereignisse zugegetragen, die das öffentliche Interesse, auch das der Arbeiter, stark in Anspruch nahmen, auch der Prozeß Bülow-

Bedert warf noch seine Schatten aus dem alten Jahr herüber und brachte pikante Fortsetzungen. Aber was uns an „öffentlichen Angelegenheiten“ vorwiegend interessiert, liegt auf einem andern Gebiete. Es ist das sozial-politische Gebiet, dem man seine Aufmerksamkeit zuwenden muß, wenn man in einem Gewerkschaftsblatt einen Brief aus der Reichshauptstadt, und zwar aus dem Reichstag, veröffentlicht.

Auf dieses Gebiet ergab seit Beginn des gegenwärtigen Abschnitts der Session eine so reichhaltige Ausbeute für den aufmerksamen Beobachter, daß es sich verlohnt, einige Betrachtungen darüber anzustellen.

Am ersten Tag nach den Ferien begann die zweite Beratung des Etats und zwar bei der Position Reichsamt des Innern. Chef dieses Amtes ist bekanntlich Herr v. Bötticher, der eigentliche „sozial-politische“ Minister des Reichs, Vizekanzler und allmächtiger Freund der Großkapitalisten; der Mann, der Alles kann und Alles mit Eleganz nach dem Berliner Wahlspruch „M. M.“, d. h. „machen wir“, behandelt. Das heißt, man darf dabei aber nicht glauben, daß Herr v. Bötticher wirklich etwas macht, was von irgend welcher sozialpolitischen Bedeutung wäre. Da er aber nun einmal der „König im sozialen Reich“ ist und alle Institutionen, welche auf Arbeiter und Arbeiterbewegung, sozialpolitische Gesetzgebung und Ueberwachung der Ausführung solcher Gesetze Bezug haben, seinem Kommando unterstellt sind, so haben die Arbeitervertreter alle Veranlassung, bei seinem Etat alle Schmerzen und Beschwerden der Arbeiterklasse vorzubringen. Und das ist auch in dieser Session so ausgiebig als je oder vielleicht noch ausgiebiger als sonst geschehen. Zunächst wurde bei dem Kapitel Fabrikinspektion eingestiegen. Herr Hise, der „große“ Sozialpolitiker des Zentrums, hielt eine seiner wasserfarbenen Reden, in denen viel von „Arbeiterwohlfahrt“ die Rede zu sein pflegt. Es war kein großes Kunststück, daß der „Freisinnige“ Dr. Schneider, ein Nachtreter des seligen Schulze-Delitzsch, ihn an bürgerlich-sozialem „Radikalismus“ übertrumpfen konnte. Auf die wirkliche Höhe der Bedeutung, die ihr zukommt, wurde die Debatte erst durch die sozialdemokratischen Redner gebracht. H. Fischer-Berlin II hielt eine durchschneidende Kritik wie große Sachkenntnis sich auszeichnende Rede, in der er an der Hand eines reichen Materials die Mangelhaftigkeit des gegenwärtigen Fabrikinspektionsinstituts darlegte. Die Forderungen der Arbeiter faßte er dabei zusammen in folgende Punkte: Umgestaltung der Inspektion aus Landesangelegenheit in Reichsache, Vermehrung der Beamten, Ausdehnung der Aufsicht auf die Hausindustrie, Ernennung auch weiblicher Inspektoren. Wurm, der ihm als zweiter Redner aus den Reihen der Sozialdemokratie folgte, geißelte namentlich die in den Mülereien vorhandenen Mißstände, Möller-Walburg sprach sich eingehend über die Verhältnisse der Bergarbeiter aus, die in vielen Dingen noch erheblich gedrückter sind als die zahlreicher anderer Arbeiterkategorien. Bus-Brandenburg hielt bei dieser Gelegenheit seine Jungferrede. Er unterzog sich dem verdienstvollen Werk, einmal recht gründlich auf die zum Teil ganz atypischen Zustände in den Ziegeleien einzugehen, die in jenen Betrieben vorhandenen menschenwürdigen Wohnungsverhältnisse, das Trudsystem, die zahlreichen Uebertretungen so ziemlich aller einschlägigen Gewerbeordnungs-Bestimmungen usw. zu schildern und energisch Abhilfe zu fordern. Die Regierung und die herrschenden Parteien verhielten sich diesen Anklagen und Forderungen gegenüber wie immer: kühl bis an's Herz hinan. Zum Teil werden die Mißstände abgeleugnet, zum Teil als „übertrieben“ bezeichnet. Soweit man sie den schwarz auf weiß vorliegenden amtlichen Berichten der Inspektoren gegenüber zugeben mußte, wurde ja Abhilfe in Aussicht gestellt. Diefelbe wird aber in Wirklichkeit nur erfolgen, wenn die Arbeiter draußen im Lande selbst den Reden ihrer Abgeordneten den nötigen Nachdruck geben, indem sie sich organisieren und den renitenten Unternehmern die Zähne zeigen und ferner die Abgeordneten für künftige Debatten mit authentischem, auf genauesten Beobachtungen fußenden, wahrheitsgemäß zusammengestellten Material ausrüsten.

Wenige Tage darauf brachte bei dem Kapitel „Reichsgesundheitsamt“, das ja eine Filiale des Kaiserlichen Reiches ist, Grillenberger die Mülzbrandvergiftungen, welche in Pinselfabriken und sonstigen Haarverarbeitungs-Etablissements zahlreich vorkommen und zu einem hohen Prozentsatz tödlich verlaufen, zur Sprache. Der Vorstand dieses wichtigen Reichsinstituts, der die Angelegenheit nun schon mehrere Jahre hinzieht, ohne etwas Ernstliches zu thun, obwohl mehrfach ganz dringende Petitionen der in dieser gefährlichen Branche beschäftigten Arbeiter eingegangen sind, stellte sich ziemlich

unverblümt auf denselben Standpunkt, den bisher die Unternehmer eingenommen haben und auch weiterhin einnehmen werden: nämlich daß die allgemeine Desinfektion des Rohmaterials den Industriezweig schädigen würde, weil Vorsten und Haare an Gewicht und Schönheit der Farbe verlieren würden, wodurch die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Fabriken dieser Art dem Ausland gegenüber beeinträchtigt werden könnte. Sowohl von Grillenberger als von dem noch mit in die Diskussion eingreifenden Abg. Vollmar wurde dieser interessante „Standpunkt“ entsprechend beleuchtet, worauf dann der Herr Reichs-Gesundheits-Deberste, ersichtlich etwas gedrückten Herzens, eine Reichsgesetzesvorlage in nicht allzu ferne Aussicht stellte. Wie viele Proletarier dieser Branchen aber, bis ein solches Gesetz kommen wird, noch in's Gras werden beißen müssen, weil es Unternehmer gibt, die gewissenlos genug sind, sogar die da und dort schon bestehenden ortspolizeilichen Vorschriften nicht zu beachten, darüber wird man wohl — in nächster Session berichten können.

Am 23. Januar begann sodann die Beratung über die Abänderung der bestehenden Unfallversicherungsgesetze. Wir haben im Jahre 1895 in der „Metallarbeiter-Zeitung“ unter dem Titel „Ein Reichsversicherungsgesetz“ ausführlich den Standpunkt dargelegt, welchen die große Mehrheit der organisierten Arbeiter Deutschlands zur gegenwärtigen Unfallversicherung einnimmt und wir werden auf dieses hochwichtige Thema noch des Öfteren zu sprechen kommen müssen. Vor Allem werden wir eine Aussprache darüber bringen, so bald die Beratungen im Hause, vielleicht auch schon, wenn die Beratungen in der Kommission zu Ende sind. Der erste Redner, Herr Köstke, stellte diverse Verbesserungen der Gesetze in Aussicht, lehnte aber jede grundlegende Aenderung, namentlich in Bezug auf Zusammenlegung der verschiedenen Versicherungsarten, Ausdehnung auf das Handwerk, Befreiung der Berufsgenossenschaften, Erhöhung der Vollrente usw. usw., entschieden ab. Seitens der Arbeiterabgeordneten legte Grillenberger in zweifundiger Rede die großen Mängel der gegenwärtigen Versicherung und die Forderungen der Arbeiter dar. Seine Ausführungen belegte er mit zahlreichen Beispielen aus der Praxis und da er sich keinerlei Rücksichtlei beleihtigte und kein Blatt vor den Mund nahm, zog er sich die hochgradige Ungnade der sämmtlichen nach ihm kommenden Bourgeoisredner zu, vom süßlich-lanzeluden ultramontanen Kochbuch-Professor Hise bis zum „freisinnigen“ besoldeten Berufsgenossenschaftsbeamten Fischbeck. Der Raum fehlt uns, heute des Näheren auf die sehr interessante Verhandlung einzugehen. Nach dreitägigen Debatten, an denen sich auch noch Wolfenbühler beteiligte, der insbesondere die Seerückversicherung zum Gegenstand seiner Erörterungen machte, wurde die Vorlage zur Beratung an eine Kommission mit 28 Mitgliedern verwiesen, welcher von unserer Seite Grillenberger, Wolfenbühler und Siadthagen angehören. Vorsitzender der Kommission ist Herr Köstke, Generaldirektor der Schultheiß'schen Brannereien in Berlin, stellvertretender Vorsitzender — Herr Stumm, pardon Freiherr von Stumm-Walberg, Adonis von Saarabien. Die weitere Zusammenfassung der Kommission ist nichts weniger als vertrauenswürdig für die Arbeiter, außerdem herrscht in derselben ein Zustand wie in einem Taubenkloß; viele der Berufenen finden, daß sie „nicht auserwählt“ sind, sie drücken sich nach wenigen Sitzungen und werden durch andere ersetzt, die vielleicht noch weniger von der Materie verstehen, aber desto leuchtamer den Anordnungen ihrer Vorgesetzten folgen. Erreicht wurde bis jetzt nichts weiter in endlosen Debatten, als die Verabredung der Karenzzeit, d. h. der Periode, in der die Krankenkassen die Lagen zu tragen haben, welche von Reichswegen die Berufsgenossenschaften allein zu tragen hätten, von 13 auf 4 Wochen und einige kleine Verbesserungen bezüglich der Waisen- und der Altersrenten; indes haben die Stumm u. Kons. bereits angekündigt, daß sie in zweiter Lesung Alles anbieten wollen, um die erlangenannte Ertragslosigkeit wieder zu Fall zu bringen. Eine fast Hühner-Duader'sche Rolle spielen die drei „Freisinnigen“, welche zur Kommission gehören. Ihr Führer ist Herr Fischbeck, Sekretär der Papierberufsgenossenschaft. Er behauptet, auf dem Boden des gegenwärtigen Gesetzes zu stehen — was sehr glaubwürdig ist, da dieses ihm ja seine Nahrung gibt — und interessiert sich daher nur herzlich wenig für die im Arbeiterinteresse gestellten Anträge der Sozialdemokraten, welche wesentlich auf der Petition fußen, die 1894 vom Verein der Berliner Arbeitervertreter zur damaligen Unfallnovelle eingereicht worden ist. Für die Verabredung der Karenzzeit haben die Herren zwar getrunken, nicht aber für die Renten-erhöhung, nicht einmal für die ganz minimale, wie

sie Herr Hise und die von katholischen Arbeitervereinen eingereichten Petitionen verlangten: von 66 2/3 auf 75 Prozent. „Nicht einen Pfennig“ erklärte Herr Fischbeck auf die Anfrage, ob er denn nicht in der zweiten Lesung für diesen bescheidenen Wunsch eintreten wolle. Das ist „freisinnige“ Arbeitervertretung!

Drei „Schwerinstage“ hat die Beratung des sozialdemokratischen Antrags auf gesetzliche Einführung des achtstündigen Normalarbeitstages in Anspruch genommen. Vor ein paar Jahren noch hätte man die Antragsteller Monologe darüber halten lassen; jetzt hat man sich, durch die Zeitverhältnisse, d. h. wesentlich durch die stärker und immer stärker anschwellende Arbeiterbewegung geschoben, genötigt gesehen, den unangenehmen Antrag auf's Eingehendste zu diskutieren und sogar Anträge dazu zu stellen! Es wird kaum nötig sein, über die gepflogenen Debatten viel zu sagen. Fischer hielt zur Begründung der Forderung eine vortreffliche Rede, die eine gute Fundgrube für alle Majoritätsantrags-Referenten sein wird, und Legien, der Vorsitzende der Gewerkschafts-General-Kommission, diente nicht minder schlagfertig den Gegnern auf ihre zum allergrößten Teil höchst einfältigen, zum Teil vohhaften Einwürfe, von denen u. A. der Stumm'sche, daß der Antrag „ein Schlag in's Gesicht der deutschen Industrie“ sei, wegen seiner brutalen Sinnlosigkeit oder simulierten Brutalität erwähnenswert ist. Kurz, die ganze bürgerliche Gesellschaft, einschließlich des größten und maßgebenden Flügels des Zentrums, stellte sich wieder einmal auf den längst ad absurdum geführten Boden der obersten Manchesterlei, wonach der Staat sich nicht in die „Freiheit“ des Arbeitsvertrags einzumischen dürfe. Klingt es an und für sich schon hochkomisch, wenn die Vertreter der modernen Ausbeuterei den Arbeitern von „Freiheit“ sprechen, so erreicht diese Phrase den Gipfel der Falschheitshaftigkeit, wenn ein Stumm, dessen Ausführungen übrigens nur noch in ganz gewöhnlichen Schimpfereien bestehen, sich ihrer bedient. Herr Hise stellte, um sein sozialpolitisches Gewissen zu salbieren und doch dem kapitalistischen Gros des Zentrums keinen übergroßen Schmerz zu bereiten, den Antrag, der Reichstag möge die Regierung ersuchen, einen Gesetzesentwurf einzubringen, durch welchen in Fabriken eine 63stündige Wochenarbeitszeit für alle erwachsenen Arbeiter eingeführt werden soll. In seiner Schlussrede, die ihm als Antragsteller zustand, verhöhnnte Fischer in gelungener Weise die ganze traurige Gesellschaft, die so gar keine Grundsätze mehr hat und nur noch auf Erhaltung des heiligen Profits bedacht ist, wobei er insbesondere die veränderte Frontstellung des Zentrums und den augenscheinlichen Gegensatz zwischen Hise und v. Hertling, den letzterer freilich zu leugnen suchte, treffend charakterisierte. Der 63 Stunden-Antrag wurde abgelehnt. Angenommen wurde dagegen ein weiterer, von Hertling veranlaßter, der die Regierung auffordert, Nachsehen zu pflegen, inwieweit es nötig sei, auf Grund des § 120e der Gewerbeordnung einen hygienischen Maximalarbeitstag in diversen Gewerben einzuführen. Obwohl der letztere Antrag mit der Forderung des gesetzlichen Achtstundentages nichts zu thun hat, stimmten die Sozialdemokraten doch mit für denselben, um Gelegenheit zu bekommen, die Regierung von Zeit zu Zeit mehr oder minder zart auf die Bühnengänge zu treten und nachzuzfragen, wie es denn mit den Erhebungen, die natürlich nie gemacht werden, eigentlich stehe. Der Achtstundentag selbst wurde selbstverständlich begraben, d. h. von allen antisozialistischen Parteien abgelehnt, aber er wird wieder auferstehen, im Parlament sowohl, wie in den Gewerkschaftskämpfen, und eines schönen Tages wird er — nicht der Antrag, sondern der achtstündige Arbeitstag selbst — Thatfache sein.

Die Stellung der sozialdemokratischen Partei zur staatlichen Arbeitslosenversicherung.

In der Diskussion über den Vorschlag des Vorstandes auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung im D. M. R. ist mehrfach der Gedanke ausgesprochen worden, daß es Aufgabe des Staates sei, für die Arbeitslosen zu sorgen usw. Man hat sich theilweise mit diesem Gedanken so vertraut gemacht, daß man verlangt, die sozialdemokratische Partei möchte für die Verwirklichung desselben eintreten. Wir halten es daher angezeigt, die Stellung, welche die sozialdemokratische Partei zu einem derartigen Projekt einnimmt, in Kürze darzulegen.

Auf dem Frankfurter Parteitag im Oktober 1894 fanden folgende Anträge zur Beratung (siehe Seite 18 des Kongressprotokolls):

„So. Parteigenossen von Berlin 4: Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, im Reichstag

eine alle Arbeiter Deutschlands umfassende Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu beantragen."

"89. Parteigenossen in Duisburg: Die Reichstagsfraktion zu beauftragen, einen Gesetzentwurf für Arbeitslosenversicherung und Statistik auszuarbeiten und denselben halbmöglichst der Reichsregierung vorzulegen."

In der Diskussion sprach Fischer-Berlin für rundwege Ablehnung dieser Anträge (S. 90). — Schmalfeldt-Bremerhaven meinte, „man thue dem Staat zu viel Ehre an“, wenn man von ihm die Arbeitslosenunterstützung fordere, „indem wir dadurch ansprechen, daß der Staat etwas leisten kann, wozu er absolut nicht im Stande ist. Was er leistete, wäre höchstens ein neues Mittel, um die Abhängigkeit durch die Gewährung von Bettelpfennigen zu erhöhen. . . .“ (S. 93.) — Stadthagen-Berlin: „Es ist ein Urding, eine umfassende Versicherung gegen Arbeitslosigkeit vom heutigen Staat zu fordern. . .“ (S. 94.)

Die beiden Anträge wurden hierauf abgelehnt. Und der Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei gemäß äußern sich auch die sozialistischen Schriftsteller. So sagt Parvus in seiner Broschüre: „Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie“ auf Seite 39:

„Was soll man denn von der staatlichen Arbeitslosenversicherung sagen? Es ist ein schauriger Gedanke, wie er nur dem kleinbürgerlichen Unverstand der kapitalistischen Verhältnisse entspringen kann.“

Dr. G. Gradnauer bespricht in Nr. 18, Band I des 5. Jahrgangs der „Neuen Zeit“ unter dem Titel: „Sozialpolitische Seifenblasen“ die Vorschläge, welche von bürgerlicher Seite zur Abhilfe gegen die Arbeitslosigkeit auf dem Versicherungswege gemacht worden sind. Am Schlusse seines Artikels sagt er (S. 570):

„. . . Und nun fragen wir, was die Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit im besten Falle leisten kann. Da muß man sich vor Allem erinnern, daß das Wesen des Kapitalismus in Frage gestellt wird durch eine gründliche Hilfe für die Arbeitslosen. Der Kapitalismus kann für die Arbeitslosen niemals so viel thun, daß die Mejerbearbeiter ihre Charaktereigenthümlichkeit, stets arbeitsbereit um niedrigen Lohn zur Verfügung der Unternehmer zu stehen, verlieren würde. Die Unternehmerklasse und ihr Staat können den Arbeitern nichts weiter gewähren, als nothdürftige Erhaltung der Existenz. Wenn sie auch auf der einen Seite ein Interesse haben, daß die Arbeitslosen nicht völlig degeneriren, denn sie brauchen dieselben wieder in der Zeit des guten Geschäftsganges, so haben sie andererseits ein noch größeres Interesse daran, daß es den Arbeitslosen nicht „zu gut“ geht. Darum sind sie für Werke der Wohlthätigkeit, für Armenpflege und Arbeiterkolonien zu haben, nicht aber dafür, daß der Arbeiter, wenn er durch die Macht der wirtschaftlichen Verhältnisse außer Arbeit geworfen ist, seine bisherige Existenzweise fortführen kann. Wenn dennoch unter Mithilfe der Unternehmernparteien eine Anstalt eingerichtet wird, die sich Arbeitslosenversicherung nennt, so wird es sich naturgemäß lediglich um eine mehr oder weniger gute Umgestaltung der Armenpflege handeln. Ein Weiteres bringen alle die oben erwähnten Projekte nicht mit sich. Und wenn es so schon steht in der demokratischen Schweiz, wenn darauf hinaus schon die Pläne der am weitesten links stehenden bürgerlichen Partei Deutschlands laufen — wie viel Wasser würde dann erst in diesen sozialpolitischen Wein der Adler und Sonnemänner gegossen werden, sobald sich eben einmal die deutsche Großbourgeoisie, die Krupp und Stumm, daran machen würden, das Tränklein für die Arbeiterklasse zurechtzumachen.“

Zum Schluß noch einige Aeußerungen von Karl Kautsky („Neue Zeit“ Nr. 9, 15. Jahrgang, I. Bd., S. 278 ff.) aus einer Polemik gegen die „Frankfurter Zeitung“:

„Man kann also das Recht auf Arbeit ablehnen und doch der Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit sympathisch gegenüberstehen; und ich wüßte keinen Grund, warum wir dies nicht thun sollten. Mir ist auch nicht bekannt, daß irgend Jemand in der deutschen Sozialdemokratie sich prinzipiell ablehnend gegen diese Idee verhielte. Aber einem Vorschlag sympathisch gegenüberstehen, heißt nicht, ihn kritiklos gegenüberstehen, heißt nicht absehen von der Prüfung, wie weit er durchführbar oder nicht, welche relative Wichtigkeit gegenüber anderen Bestrebungen ihm zukommt und welche Art seiner Durchführung die zweckmäßigste oder die allein zweckmäßige.“

„Die Arbeitslosenversicherung bedeutet also nicht
* Verlag der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, Dresden. Dritte Auflage. Preis 30 Pf.

die Beseitigung der Schrecken der Arbeitslosigkeit für den Arbeiter; sie ist, wie auch die anderen Arten der Arbeiterversicherung, nicht viel mehr als eine Modifikation der Armenversorgung.

„Als solche ist sie aber nicht zu unterschätzen. Die bisherige Art der Armenunterstützung wird immer ungenügender und immer degradirender, denn sie ist auf das Lumpenproletariat berechnet und gerächt immer mehr in Widerspruch zu dem neuen Geiste, den das arbeitende Proletariat erzeugt. Dieses will nicht Almosen, sondern Rechte; es hält fest an seinen bürgerlichen politischen Rechten und will sie nicht gegen die Armenunterstützung verkaufen. Da bietet die Arbeitslosenversicherungsversicherung ein Mittel, zu einer dem modernen Empfinden angepaßten Form der Armenunterstützung zu gelangen, die nicht demüthigt und nicht politisch entrechtet und die dadurch gerade die besten Theile des arbeitslosen Proletariats wenigstens bis zu einem gewissen Grade wenn auch nicht vor Noth und Elend, so doch vor der Verzweiflung und dem Verlust der Selbstachtung, vor dem Verkommen, bewahrt.“

„Dies ist, glaube ich, der Punkt, der uns die Idee der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit sympathisch machen muß.“

„Aber damit ist noch nicht gesagt, daß sie zu jenen Aufgaben gehört, die uns vor Allem am Herzen liegen müssen. Die Entwicklung des Arbeiterschutzes, namentlich die gesetzliche Verkürzung des Arbeitstages und die Schaffung eines sicheren Bodens für die Gewerkschaften sind viel wichtiger für die Arbeiterschaft, als die Arbeitslosenversicherung. Und ist uns die Idee sympathisch, so heißt das auch noch nicht, daß jede Art, sie zu verwirklichen, unsere Unterstützung finden müßte. Ehe wir für ein Projekt einer derartigen Versicherung eintreten, müssen wir genau geprüft haben, ob es nicht zu einem Mittel werden kann, die ohnehin schon hoch besteuerten Arbeiter zu Gunsten eines großen bürokratischen Apparates, der Versorgung von Bourgeoisöhnchen, auszubenten; ob es nicht zu einem Mittel werden kann, die Arbeiter in der einen oder anderen Art zu fesseln, z. B. durch Verkümmern der Freizügigkeit, oder durch die Möglichkeit, die Unterstützungen nach Willkür zu vergeben, wie das die Einführung des Kautschukbegriffs der „unverschuldeten Arbeitslosigkeit“ oder der „Weigerung, eine passende Stelle anzunehmen“, ermöglicht. Hat ein Arbeiter, der wegen sozialdemokratischer Agitation entlassen wird, seine Arbeitslosigkeit „selbst verschuldet“? Und ist die Stelle, die ein Arbeiter im Streik verläßt, eine „passende Stelle“ für einen Arbeitslosen? Endlich müssen wir jedem Projekt ablehnend gegenüberstehen, das geeignet ist, die Gewerkschaftsbewegung zu schädigen, indem es ihr ein wichtiges Wirkungsfeld abschließt, ohne den Arbeitern ein gleich freies Gebiet der Beschäftigung und der Organisation ihrer Kräfte in den Versicherungskassen selbst zu eröffnen.“

„Wie sehr die Arbeiter auf der Hut davor sein müssen, daß ihnen mit der Arbeitslosenversicherung nicht ein Kautschuk in's Nest gelegt wird, dafür nur ein Beispiel. Der große Freund der Arbeiter und der Wahrheit, Georg Adler, hat diese Versicherung zu seinem Spezialstudium gemacht und ein Gutachten darüber verfaßt. In demselben wird auch die Frage erörtert, wie sich die Versicherungsanstalt, d. i. der Staat, in Fällen von Streiks zu verhalten habe. Da heißt es: Die Entscheidung hierüber hängt auf's Engste mit dem ganzen System der Sozialpolitik zusammen. Dieses erfordert nun u. G., daß jeder Streik einem Schiedsgericht unterbreitet wird, das über seine Berechtigung zu erkennen hat. Gibt dasselbe den Arbeitern Unrecht und fügen sich diese nicht, so werden Arbeitslose bei Strafe der Entziehung der Staatsunterstützung angewiesen, die leerstehenden Plätze einzunehmen. Wird den Kapitalisten Unrecht gegeben und fügen sich diese nicht, so bleibt eine solche aus. Nur Eins bleibt ausgeschlossen, daß streikende Arbeiter während der Dauer der Arbeitslosigkeit vom Staat übernommen oder unterstützt werden.“ Das heißt mit anderen Worten, der Staat darf bei einem Streik die Arbeitslosenunterstützung prinzipiell nur zu Gunsten der Kapitalisten, nie zu Gunsten der Arbeiter wirken lassen. Gibt das Schiedsgericht den Kapitalisten Unrecht, dann bleibt die Arbeitslosenunterstützung neutral. Gibt sie den Arbeitern Unrecht, dann wirkt sie mit Nachdruck zu Gunsten der Kapitalisten!

„Also kritisch, äußerst kritisch müssen wir jedem Projekt der Versicherung für Fälle der Arbeitslosigkeit gegenüberstehen. Namentlich in einem Staate wie Deutschland, in dem die Regierungen noch halb absolut über die Volksmasse herrschen und sich im höchsten Maße als die Vertreter der Interessen der großen Ausbeuter fühlen. In welcher Weise werden diese Regierungen eine Maßregel durchführen, wie die Arbeitslosenversicherung, die so viele Handhaben zur

Festsetzung und Schädigung des kämpfenden Proletariats bietet! Es ist nur zu möglich, daß deren Schattenseiten ihre Vorteile überwiegen. . . .“

Zum Ausbau des Metallarbeiterverbandes.

II.

Der Vorstand erwartet von der Annahme seines Antrages Hebung der Verbandsfinanzen, regeres Interesse der Mitglieder am Verbands, stärkeren Zuwachs verheiratheter Berufscollegen, Verminderung des starken Mitgliederwechsels, der Fluktuation. Thatsächlich wird unser Verband von vielen Berufscollegen als eine Art Durchgangsstation betrachtet, in der man sich so lange aufhält, als nothwendig ist, um eine Lohnbewegung durchzuführen oder einen Angriff der Unternehmer abzuwehren.

Ueber die Finanzfrage habe ich mich schon auf der Konferenz der Norddeutschen Metallarbeiter ausgesprochen. Es wurde der dort gewählten Agitationskommission unter Anderem die Aufgabe zugewiesen, die Ursachen der vielen Beitragsreste zu ermitteln und der nächsten Generalversammlung geeignete Vorschläge zur Abhilfe zu unterbreiten. Unbestritten handelt es sich hier um einen Uebelstand, welcher die Aktionsfähigkeit des Verbandes sehr behindert. Wenn durchschnittlich anstatt 52 Wochenbeiträge nur 39 geleistet werden, in einem Jahre ein Fehlbetrag von 104 000 Mk zu verzeichnen ist, wenn diese Restsummen regelmäßig zu verzeichnen sind, so muß man annehmen, daß eine große Anzahl von Mitgliedern sich außerordentlich wenig um den Verband kümmert, etwa auf dem Standpunkt steht: Zahlen ist Nebenache.

Die säumigen Mitglieder nehmen aber die Verbands-einrichtungen so gut in Anspruch wie Mitglieder, welche es als ihre Pflicht erachten, ihre Beiträge pünktlich zu entrichten. Nehmen wir nur eine unserer Verbands-einrichtungen, zum Beispiel das Verbandsorgan. Bezahlt werden von den Mitgliedern durchschnittlich nur 39 Beiträge, aber 52 Nummern der „Metallarbeiter-Zeitung“ an die Mitglieder abgegeben. Bei Zuanpruchnahme der Unterstützungseinrichtungen sind diese Drückberger, welche fortwährend hohe Reste haben, gewiß auch nicht die letzten. Jene Mitglieder, welche ihre Beiträge pünktlich bezahlen, haben ein Recht zu verlangen, Einrichtungen zu schaffen, welche eine pünktliche Einziehung der Beiträge zur Voraussetzung haben. So weit darf die Solidarität nicht gehen, daß ein Theil der Mitglieder für sich das Recht in Anspruch nimmt, anstatt 52 Wochenbeiträge nur 39 oder 26 zu entrichten, das heißt man aus anderer Leute Spante Niemen schneiden.

Nun wird dieses Defraudantenwesen ja sehr unterstützt durch den Umstand, daß in den meisten Orten die Beiträge in den Versammlungen entrichtet werden; man bemüht sich auch, durch Anstellung von Beitragssammlern, durch Aufstellung von Vertrauensmännern, welche die Beiträge in den Werkstätten einzuziehen haben, dem Mißstand entgegenzutreten. Aber da, wo das Interesse für den Verband ein so geringes ist, daß für sämtliche Mitglieder gerade so viele Beiträge geleistet werden, als nothwendig ist, um die Mitgliedschaft zu erhalten, da wird der Beitragssammler allein auch nicht viel anrichten können. Diese Berufscollegen können nach meiner Ueberzeugung viel eher für den Verband interessiert werden durch Umgestaltung der Unterstützung, diesen müssen ebenso wie indifferenten Genossen greifbare Vorteile geboten werden, wenn man regelmäßig Beiträge haben will.

Die Krankenkassen erheben ihre Beiträge auch größtentheils in den Versammlungen; warum werden diese Beiträge pünktlicher geleistet? Weil das Krankenkassenmitglied weiß, daß der Verlust der Mitgliedschaft ihm sehr nachtheilig sein kann, die Krankenkasse bietet dem Arbeiter augenfälligen Nutzen. Daß ein Arbeiter krank werden kann, sieht er ein; gegen die Folgen der Krankheit schützt er sich. Daß Lohnrückerei und andere Ursachen einen Arbeiter zum Ausstand zwingen können, begreifen viele Tausende von Kollegen noch nicht, die Erringung einer besseren Lebenshaltung dünkt ihnen so leicht, soweit überhaupt daran gedacht wird, daß es dafür nach ihrer Meinung keiner dauernden Beitragsleistung bedarf. Der Gewerkschaft sich anzuschließen, ist noch Zeit, wenn der Streik in sicherer Aussicht steht.

Und was bietet unser Verband den verheiratheten Berufscollegen, durch was können wir den Arbeiter, der nie in die Lage kommt, Ausstandsunterstützung in Anspruch zu nehmen, an den Verband fesseln? Rechtschutz, Nothstandsunterstützungen sind ja ganz schöne und nothwendige Einrichtungen, die geringen Aufwendungen für diese Zwecke beweisen aber schon ihre untergeordnete Bedeutung. Bibliotheken und sonstige Aufwendungen werden nur von dem aufgeklärten Theil der Berufscollegen in Anspruch genommen, von der großen

Masse der Mitglieder ignoriert. Für Statistik u. dgl. Verbandszwecke interessieren sich nur die fortgeschrittensten Verbandsmitglieder. Die große Masse der Berufsgenossen kann nur durch handgreifliche Vorteile für die Gewerkschaft gewonnen werden.

Das mag man beklagen, aber es ist eben so, mit den gegebenen Thatsachen haben wir zu rechnen, wir müssen die Menschen nehmen wie sie sind, dagegen helfen alle Deklamationen nichts.

„Auf solche Kollegen verzichten wir“, wird da hundertfältig eingewendet. Ich bin nicht dieser Ansicht. Arbeiter, welche sich einmal in der Organisation haben, können wir viel leichter beeinflussen, als Berufscollegen, welche außerhalb der Organisation stehen. Das Verbandsmitglied erhält seine „Metallarbeiter-Zeitung“ und wird schon dadurch, wenn auch manche Nummer nicht gelesen wird, nach und nach aus seiner Gleichgültigkeit aufgerüttelt und zum Nachdenken über seine Klassenlage veranlaßt. Auch die Aufhebung des Obligatoriums des Verbandsorgans, dieses wichtigen Agitationsmittels, wie vorgeschlagen ist, würde weit mehr zur „Verstümpfung“ beitragen, als die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, wenn von letzterer überhaupt eine solche zu befürchten wäre, was aber nicht der Fall ist.

Führen wir daher die Arbeitslosenunterstützung unbedenklich ein, wir werden dadurch vor allen Dingen die Mitglieder veranlassen, ihre Beiträge pünktlicher zu entrichten. Keine der Gewerkschaften, welche Arbeitslosenunterstützung leisten, hat so massenhaft Restanien zu verzeichnen, wie jene Gewerkschaften, welche in der Hauptsache nur Streikvereine sind. Werden die Beiträge pünktlicher bezahlt, dann erhöhen sich auch die Mittel, die uns für den Kampf zur Verfügung stehen. Jene Genossen, welche befürchten, die Arbeitslosenunterstützung könnte die Kampfmittel absorbieren, wären sicherlich beruhigt, wenn man sich dazu entschließen würde, die Arbeitslosenkasse getrennt von den übrigen Einrichtungen des Verbandes, wenn auch mit obligatorischer Wirkung für jedes Mitglied — ohne obligatorische Einführung ist jeder Zweig einer Gewerkschaft ein Messer ohne Klinge, dem das Heft fehlt — einzuführen. Das wäre ohne besondere Schwierigkeit durchführbar. Von jedem Beitrag wäre der für die Arbeitslosenunterstützung berechnete Teilbeitrag der Arbeitslosenkasse zuzuführen. Dann wäre jeder noch so unbegründeten Besichtigung über Verminderung der Kampfmittel der Boden völlig entzogen.

Daß die Beiträge pünktlicher bezahlt werden, wenn die Arbeitslosenunterstützung eingeführt wird, unterliegt für mich keinem Zweifel, die Finanzverhältnisse des Verbandes werden sich dadurch wesentlich bessern. Ebenso halte ich die Arbeitslosenunterstützung als ein sehr praktisches Agitationsmittel, als eine Einrichtung, die unserem Verband neben manchem „Stimmenziehen“ Berufscollegen zuführen wird, die kräftig mitarbeiten an dem Werk der Befreiung der Arbeiterklasse. Ich halte die Arbeitslosenunterstützung für ein Bindemittel, welches dem kolossalen Mitgliederwechsel entgegenwirkt.

Und noch einen Grund habe ich für Einführung der Arbeitslosenunterstützung, es ist die Rücksicht auf unsere Konkurrenzorganisationen: Gewerksvereine der Maschinenbauer und Klempner, Deutscher Verband der Formner, Verband der Kupferhämmer. Sie alle gewahren Arbeitslosenunterstützung. Man entsetze sich nicht, wenn ich auch die Gewerksvereine nenne. Der Gewerksverein der Maschinenbauer hat ja 28 000 Mitglieder, ein Konkurrent, der gar nicht zu unterschätzen ist. Die große Masse der Arbeiter, welche für die gewerkschaftliche Organisation gewonnen werden muß, ist sich über die fundamentalen Unterschiede zwischen Gewerkschaft und Gewerksverein nicht klar, ein Mal für die Gewerksvereine mit ihren Unterstützungs-Einrichtungen eingefangen, ist der Arbeiter von diesen Organisationen schwer wieder loszulösen, weil ihn die Harmoniebestrebungen mit allen möglichen Kasseneinrichtungen wie mit Poppenarmen festhalten.

Warum wollen wir auf Hülfsmittel verzichten, die unseren Konkurrenten so irreführende Dienste leisten? Wenn zwei dasselbe thun, so ist es eben doch nicht dasselbe! Für die Gewerksvereine ist die Arbeitslosenunterstützung, das Unterstützungsweesen überhaupt, Selbstzweck, für uns ist es Mittel zum Zweck. Freilich eine fünfjährige Karenzzeit, wie die Gewerksvereine der Maschinenbauer und Klempner, oder für eine Arbeitslosenunterstützung von 50 S täglich, wie sie der Formerverband gewährt, wäre ich nicht zu haben. Einjährige Karenzzeit und eine tägliche Unterstützung von 1 M halte ich für akzeptabel, aber auch für das Minimalste, was geleistet werden muß. Um dies ermöglichen zu können, muß auch ein entsprechender Beitrag bezahlt werden und da komme ich zur Kalkulation des Vorstandes, womit ich mich im Schlußartikel beschäftigen werde.

Sürth.

M. Segis.

Die Unterstützungsfrage wird einer der Hauptpunkte sein, welche die bevorstehende Generalversammlung zu erledigen hat. Und es ist gut, daß diese Frage einer aktuellen Lösung entgegengeht. Auf die verschiedenen Anträgen, welche bei Erörterung dieser Frage in den letzten Kammern unseres Organs geäußert wurden, will ich des Näheren nicht eingehen. Sicher darf man wohl annehmen, daß der Vorschlag des Vorstandes resp. die Durchführung desselben bei einer Beitragserhöhung von 5 S pro Woche nicht gut möglich ist. Bei einer Erhöhung der Beiträge um 10 S würde sich der Antrag des Vorstandes bei einigermaßen normalem Geschäftsjahre, wie das Jahr 1896 war, verwirklichen lassen, aber in den Jahren der Krisen, wie wir sie von 1892—1895 hatten, würde das Unternehmen bedenklich ins Schwanken geraten und nur durch Verringerung der Unterstützungsätze sich aufrecht erhalten lassen. Wie dem auch sei, die Delegirten werden diesen Punkt gründlich durchberathen müssen und ist zu hoffen, daß ihre Entscheidung für den Verband vortheilhaft werde.

Doch auch eine andere Angelegenheit wird die kommende Generalversammlung beschäftigen und es ist deshalb sehr angebracht, auch darüber eine Aussprache herbeizuführen. Die zeitgemäße Aenderung der Organisations- und Verwaltungsform tritt mehr und mehr in den Vordergrund; es ist unsere Aufgabe, alte, überlebte oder neue den Erwartungen nicht entsprechende Einrichtungen abzusuchen und durch zeitgemäße, wirksamere Einrichtungen zu ersetzen. Ich nehme zuerst die Verwaltungsform als diejenige vor, welche einer Reorganisation am dringendsten bedarf: die Organisation, ihre zukünftige Form und Einteilung, die verlässlichen Ansichten hierüber usw., das bedarf längerer Ausführungen und werde ich hierzu meine Ansicht in einem weiteren Artikel folgen lassen. — Es muß unsere Hauptaufgabe sein, eine Verwaltungsform aufzustellen, bei der durch schnelle, korrekte und verlässliche Erledigung der Geschäfte den Mitgliedern ein gutes Schicksal gegeben wird.

Wie sieht es nun mit unseren Verwaltungen oder, um gerecht zu sein, mit einem großen Theil derselben aus? Ein Theil der Verwaltungen, besonders in Süddeutschland, hat in dieser Beziehung bedeutende Fortschritte gemacht. Die Hauptaufgaben der örtlichen Verwaltungstellen sind: Einziehung der Beiträge, Verbreitung unserer Zeitung, durch Abhaltung von Versammlungen und die Unterhaltung einer Bibliothek die örtlichen Angelegenheiten zu regeln und in geistiger und moralischer Beziehung erzieherisch auf die Mitglieder einzuwirken, so die Regelung aller sonstigen Angelegenheiten auf wirtschaftlichem Gebiet. Einziehung der Beiträge und Verbreitung der Zeitung nehmen die Verwaltungen am meisten in Anspruch und zwar geschieht die Ausführung in verschiedener Form. Die am meisten verbreitete und älteste Form ist wohl das Zahlstellenwesen, wo zu einer bestimmten Zeit die Beiträge von einem Kassirer entgegengenommen und gewöhnlich zugleich die Zeitungen mitausgegeben werden, oder es werden durch Werkstättendelegirte diese Geschäfte geleitet, oder es wird in den Versammlungen früher und die Zeitung durch bestimmte Personen oder durch die Post kolportirt, während eine Anzahl von Verwaltungstellen in Süddeutschland die Hauskassirer verbunden mit Zeitungskolportage eingeführt hat. Das System der Zahlstellen ist wohl am meisten verbreitet und hat wohl keinen Grund darin, daß vor 10 bis 20 Jahren, als die moderne Gewerkschaftsbewegung in ihren Anfängen war, Begeisterung und Eiferwille der Wenigen das erregte, was heute die Massen in diesem Punkt sollen. Damals war diese Verwaltungsform die beste, sie brachte die einzelnen Kollegen nach Feierabend zusammen zur Erfüllung anderer Pflichten oder zum Besuch einiger anderer Stunden. Diese frühere Gemüthsart und die Pflichterfüllung dem Verein gegenüber hat heute einen gewaltigen Stoß erhalten, hauptsächlich dadurch, daß sich die Arbeitsbedingungen und das Erwerbseben der meisten Branchen geändert haben, daß die Lebenshaltung und Wohnverhältnisse andere geworden sind. War es früher eine willkommene Abwechslung, wenn man zu einem bestimmten Platz mehrere Kollegen treffen und allernächsten Neuesten auszusprechen konnte, so ist es heute anders. Früher waren Arbeitsplätze und Wohnungen auf engeres Gebiet begrenzt, während sie heute gewöhnlich außerhalb der Stadt zerstreut liegen und die Heimkehrer erst nach langer Fahrt nach Hause zurückkehren können, heute sind die Anforderungen an den Einzelnen in dieser Hinsicht derartige, daß er froh ist, wenn Feierabend ist. Hat er dann noch eine halbe oder eine ganze Stunde nach seiner Wohnung zu gehen, so wird er so übermüdet, daß aus's Begraden gar nicht mehr gedacht wird.

Von Seiten des Vorstandes selbst wird erwähnt, daß man nur 39 Wochenbeiträge pro Mitglied und Jahr rechnen kann, und wald trauriges Resultat würden wir erleben, wenn sämtliche Verwaltungen alle Diejenigen erreichen würden, welche wegen Beitragsrückstand nach dem Staat gerichteten werden müßten? Ich glaube, daß bei einer großen Anzahl von Verwaltungstellen ein Drittel des jetzigen Mitgliederstandes verloren ginge. Die in Nr. 6 veröffentlichte Tabelle über die Beitragsleistung der Zahlstellen Rodenheim und Neunkirch a. R. spricht deutlich genug, und wenn der Vorstand den Delegirten, welche diese Angelegenheit zur Sprache bringen, des nötigen Material an Abrechnungen zur Verfügung stellt, so wird man sich nicht mehr über die Verhältnisse in den Hauskassirer Zahlstellen wundern, es liegt dieses im Zufall.

Auch in Norddeutschland, besonders in Hamburg, der einzigen Hochburg der wirtschaftlichen Bewegung, ist es so, wenn nicht noch schlimmer. Man jammert und klagt über die Gleichgültigkeit der Kollegen, über die Klauen im Backen usw. und hört sich an, als ob dies Littel bei der Wurzel zu fassen und auszureißen. Man klammert sich mit einer Jähzucht und Ausdauer, die einer besseren Sache würdig wäre, an das Althergebrachte und verliert sich in jeder Aenderung in geradezu unbegreiflicher Surynalität. Daher ist es erklärlich, daß Süddeutsche Städte, welche vor 10 oder 15 Jahren bei wirtschaftlichen Bewegungen sich demnach zum Vorbild nahmen, ihre Organisation aber jetzt ganz ungeeignet und auszusuchen, keine Mitglieder und Anhänger mehr haben als ihre Schwestern. Beweis: Nürnberg.

Doch es würde zu weit führen auf die Einzelheiten

näher einzugehen. Die Organisation, der ich angehöre, leidet ebenfalls in sehr bedenklichem Grade an dieser Krankheit, und aus der Thatsache, daß Hamburg nur vier Delegirte zur Generalversammlung senden kann, ist ersichtlich, daß die anderen Sektionen nicht viel besser gestellt sind. Im letzten Vierteljahr sind laut Abrechnung bei über 500 Mitgliedern 4489 Wochenbeiträge verkauft worden, während 6500 Marken abgesetzt sein müßten. Dazu muß man noch zwei günstige Faktoren in Betracht ziehen: 1) Die Fabrikarbeiterbewegung und die dadurch nicht ausgeschlossene Möglichkeit, daß wir durch Maßregelungen u. dgl. in Aktion zu treten hätten, was eine bedeutende Bewegung bei einem Theil unserer Nachkommen hervorrief, und 2) die günstigen Arbeitsverhältnisse, die im vorigen Jahre herrschten, verbunden mit reger Agitation unter den Kollegen. Und doch ergab sich eine Mindereinnahme von ca. 80 Prozent! Zu der Einnahme vom dritten Quartal ist das Resultat noch bedeutend reduziert, es sind nur ca. 50 Prozent der Beiträge eingegangen.

Dieses schiebt man einfach der Faulheit der Kollegen zur Last, obwohl es klar ist, daß da doch andere Gründe mitzusprechen müssen. Auch hier sind in den verschiedenen Stadtheilen Zahlstellen errichtet; in den Versammlungen wird kassirt, und damit ja die Beiträge sicher einkommen, sind die Zeitungskolportage und wir haben deren 15 Stück bei ca. 500 Mitgliedern ermächtigt, Beiträge anzunehmen. Und dabei ist doch mehr als der vierte Theil der Mitglieder mit ihrem Beitrag längere Zeit im Rückstand — bei einem Apparat von mehr als 20 Personen, welche sich mit dem Kassiren befassen! Wie sonderbar sieht die Tabelle über geleistete Beiträge der Nürnberger Glaschner hiervon ab! Wer die ganze Schwereffektivität und Unständlichkeit solcher Verwaltungsapparate kennt, bei denen eine große Anzahl von Personen zur Mitwirkung herangezogen werden, bei denen dann der eine und der andere seine Pflichten auf andere abzuwälzen sucht und dadurch die Kontrolle über den Ueberschuss vollständig verloren geht, wer die Gründe, die ich oben angeführt habe und die zur Veränderung der Arbeits- und Lebensverhältnisse führen, richtig beurtheilen kann, dem wird klar, daß mit diesem verbrauchten System gebrochen werden muß und zwar bald, soll nicht die Aktionsfähigkeit und Disziplin in unseren Reihen schwer darunter leiden.

Meine Vorschläge zu einer Besserung dieser Verhältnisse sind: Die Generalversammlung möge den Hauptvorstand beauftragen, im Laufe des Jahres sämtliche Verwaltungsstellen zu veranlassen, daß die Hauskassirer verbunden mit Zeitungskolportage eingeführt wird. Sind größere Zahlstellen vorhanden oder lassen sich auf Ansuchen des Vorstandes mehrere Sektionen zu einer Zahlstelle verschmelzen, so daß die Mitgliederzahl 1000 übersteigt, so wird ein ständiger Kassirer unter entsprechender Reaktion angestellt, bei einzelnen Sektionen ist die Stadt z. ihrer geographischen Lage nach und der Mitgliederzahl entsprechend in annähernd gleiche Theile zu theilen, so daß ca. 80—120 Mitglieder auf einen Bezirkskassirer kommen. Die Bezirkskassirer haben jeden Sonntag zu kassiren und zugleich die Zeitung mitauszugeben, eventuell alle sonstigen Anträge des Vorstandes (der Ortsverwaltung? Red.) an die Mitglieder zu übermitteln. Die Bezirkskassirer haben jede Woche über die einkassirten Beiträge mit dem Orts-Hauptkassirer abzurechnen, sind berechtigt neue Mitglieder aufzunehmen, sollen Meldungen von Wohnungswechsel, Krankheit und Arbeitslosigkeit entgegennehmen und der Ortsverwaltung übermitteln, und über ihre Einnahmen und Ausgaben genau Buch führen. Als Vergütung wird gewährt: bei fest angestellten Kassirern 2—3 S pro Mitglied und Woche, bei Bezirkskassirern 1 1/2—2 S pro Mitglied und Woche.

Ein auf dieser Grundlage aufgebautes Verwaltungssystem wird nicht nur für die Kollegen bequem sein, es würde sich auch für die Verbandsstufe eine bedeutende Mehreinnahme ergeben, vorausgesetzt, daß der § 3 a unseres Statuts streng eingehalten wird, was bei solcher Kassirung am so leichter möglich ist, da keine Ausreden von den „Drückbergern“ gelten können. Auch würden sich die Verwaltungsstellen bedeutend verringern und an vielen Orten, wo noch monatlicher Ertragsbeitrag für die Ortsverwaltung erhoben wird, könnte dieser in Wegfall kommen. Die Verwaltungsausgaben würden sich auf die Bezahlung der Kassirer und die notwendigen materiellen Ausgaben, welche gewöhnlich gering sind, beschränken. Auch würden wir dadurch einen stabileren Mitgliederstand erhalten. Der Versammlungsbesuch würde sich heben, indem die Bücher der Mitglieder stets in Ordnung sind, die Versammlungen werden ihren Zweck erfüllen und durch umsichtige Leitung zu Bildungsnähten werden. Auch die ewigen Jeremiaden, Mahnungen, Wahlen usw. würden verschwinden.

Dies sind die Hauptgründe, welche für eine derartige Reorganisation der Verwaltungen sprechen und sollte die Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden, so erscheint es mir um so dringender, daß auch diese Frage mit in Betracht gezogen wird und die Delegirten ein entscheidendes Wort sprechen, damit nicht nochmals zwei Jahre in dieser unverantwortlichen Weise fortgewirbelt wird.

Hamburg.

H. Schauer, Klempner.

Von den Kollegen größerer Städte ist bereits Stellung zu den Vorschlägen des Vorstandes genommen. Ich will versuchen, die Anschauungen vorzutragen, die ich in den ländlichen Industriebezirken gefunden, speciell in dem hiesigen, und außerdem meine eigene Ansicht. Ich bin zunächst persönlich gegen jede Arbeitslosenunterstützung oder Versicherung, deren Kosten die Arbeiter selbst zu tragen hätten. Es ist Sache des Staates, Jedem, von dem er Steuern erhebt, in den Stand zu setzen, daß er steuerfähig ist auch in den wirtschaftlichen Krisen. Den Staat darauf hinzudrängen, ist die nächste Aufgabe mit, welche unsere Vertreter in den Parlamenten zu lösen haben und die ich auch bereits angemessen durch den Antrag auf Einführung des Achtstundentages. Die Gewerkschaften mögen die Finger davon lassen. Vielleicht wird dem Unterstützungssempfänger diese noch als Einkommen beim nächsten Termin mitangerechnet und er muß das Geld, das er selbst aufgebracht und schon einmal verloren hat, nochmals verlieren. — In keiner Industrie und so viel ungelernete Arbeiter beschäftigt als gerade in der Metallindustrie, man betrachte bloß einmal die Nähmaschinen- und Fahrradfabriken, da finden wir alles Mögliche beisammen: Säler, Schuster, Schneider usw. Diese Leute

würden wir vielleicht durch die Arbeitslosenunterstützung heranziehen. Aber fragen wir uns: haben wir einen Nutzen davon; ich sage Nein. Wenige davon werden treue Anhänger des Verbandes, die meisten nutzen es aus und kehren uns den Rücken. — Nun zu dem Vorschlag des Vorstandes selbst. Wenn man sich durch all' die Paragraphen und Verkläufelungen, die, nebenbei gesagt noch ein Denunzianten- und Simulantenthum züchten, glücklich durchgerungen hat, so kann man im aller schlimmsten Falle die enorme Summe von 40 M bekommen, d. h. jährlich ein Mal, und das belegt man mit dem pomphaften Namen „Arbeitslosenunterstützung“. Das ist gerade so viel, um 14 Tage mit Familie leben zu können. Wie ist es nun mit den sogenannten Saisonarbeitern, die es ja auch in unserer Industrie gibt und die gewöhnlich jährlich einige Zeit aussetzen. Diese holen ihr Theil schon in der ersten Krise. Ob bei der vom Vorstand vorgeschlagenen Erhöhung der Beiträge dieser Satz noch gezahlt werden kann, ist für viele noch zweifelhaft. Um eine ordentliche Unterstützung durchzuführen, müsste der Beitrag mindestens auf 50 S erhöht werden. Der Vorstand glaubt durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ein besonderes Agitationsmittel entdeckt zu haben, welches besonders zum Ausbau des Verbandes mitbeitragen würde. Nun, ich glaube die Grenzen zum Ausbauen sind uns im Statut § 2 noch so weit gesteckt, daß wir noch lange daran bauen können, ehe wir andere Zugmittel brauchen. Was wir mit der Arbeitslosenunterstützung gewinnen würden, verlieren wir durch die Erhöhung der Beiträge ja noch mehr. Suchen wir zunächst unsere Kollegen in den ländlichen Industriebezirken zu gewinnen; das geschieht am besten durch ausgedehnte Beteiligungen der Abt. c, d, e und g des § 2. Man glaubt gar nicht, in welcher Unwissenheit die Kollegen noch sind in Betreff ihrer Rechte im Arbeitsverhältnis. So habe ich z. B. kürzlich eine Petition der Meißner Kollegen, welche diese an die Amtshauptmannschaft und die Stadtverordneten richteten, um ein Gewerbegericht zu erhalten, zum Unterschreiben sammeln hier gehabt und da habe ich gefanden, daß die meisten Kollegen und Arbeiter sich über die Bedeutung der Gewerbegerichte überhaupt nicht klar sind. Hier ist ein Feld. Ganz jekt sind in Landesbezirken Gewerbegerichte, hier besorgt das der Gemeindevorstand und bei der Unwissenheit der Arbeiter treibt das oft die wunderbarsten Blüten. Gerade das ländliche Industrieproletariat wird in den nächsten Lohnkämpfen eine Rolle spielen und zwar eine traurige, wenn es nicht gelingt, dasselbe vorher zu gewinnen. Schon werden aus den Städten die Fabriken theils verdrängt, theils bauen die Unternehmer selbst auf's Land, einmal der billigen Baukosten und hauptsächlich des billigeren und willigeren Arbeitermaterials wegen. Brechen nun in den Städten Lohnkämpfe aus, so werden die indifferenten ländlichen Arbeiter durch Zuzug die Sache ungemein erschweren. Für die ländlichen Kollegen ist aber 20 M Beitrag mehr als genug. Für die Arbeitslosenunterstützung interessieren sie sich wenig, denn einmal wechseln sie umger, und wenig sind sie einmal länger arbeitslos, ergreifen sie lieber andere Beschäftigung, ehe sie sich zu Haus hängen.

Städtig b. Coswig i. S. **Edward Schmidt.**

Erwiderung.

Zu Nr. 9 befindet sich ein Eingekandt, unterzeichnet „Karl Vorhöfzer-München“, dessen Ton uns hier zu einer Erwiderung zwingt.

Vorhöfzer macht dem Vorstand unter Anderem den Vorwurf, daß er nicht ehrlich wäre und sich die bekannte Jesuitenmoral: „Der Zweck heiligt die Mittel“ zum Grundsatz bei seinen Vorschlägen gemacht habe.

Wir können Vorhöfzer selbstverständlich nicht vorzeichnen, welcher Worte er sich zur Widerlegung unserer Vorschläge zu bedienen hat, ebensowenig verlangen wir von ihm, daß er unsere Vorschläge ohne Weiteres als richtig anerkennt. Ob es aber anständig und ehrlich ist, einen in vollständig sachlicher Form gemachten Vorschlag mit Zweifel an der Ehrlichkeit oder der Bedächtigkeit als Anhänger der Jesuitenmoral zu bekämpfen, ist eine andere Sache. Wenn der Vorstand unehrlich gewesen wäre oder hätte sein wollen, so hätte er schwerlich seinen Antrag früher als alle übrigen zur Diskussion gestellt, noch weniger aber einen Vorschlag gemacht, an dessen Durchführung er zweifelte. Wir können Vorhöfzer versichern, daß wir mit Behauptungen, wie er es in seinem Artikel beliebt, überhaupt nicht operiren.

Was beweist Vorhöfzer denn in seinem Artikel? Er behauptet, daß nach der Reichsstatistik von 1893 ca. 250 000 M nothwendig seien, läßt aber nicht erkennen, wie er dies herangezogen hat.

Er behauptet, daß in der Regel mehr Organisirte arbeitslos sind als andere Arbeiter und besichtigt im nächsten Augenblick den Eintritt der „Masse norwischer Bummler“, die doch schwerlich das ganze Jahr in der Lage sind, 25 S Wochenbeitrag zu zahlen.

Er besichtigt, daß alle oder 80 Prozent der jüngeren Arbeitslosen, die ohne Arbeitslosenunterstützung abreißen und sich Arbeit suchen würden, dies nachher nicht thun und Vohndrücker am Orte würden, vergrößert aber dabei, daß die nichtabreisenden jüngeren Kollegen wo anders auch nicht zu reißen und Vohndrücker werden können.

Er führt die gefechlich eingeführte Arbeitslosenunterstützung St. Gallens als Beleg für die Undurchführbarkeit an und erklärt am Schlusse seiner Ausführungen, daß er sofort mitthun würde, wenn der Stat oder die Gemeinde die Sache in die Hand nähme.

Er reht also Behauptung an Behauptung, ohne den mindesten Beweis dafür zu erbringen. Wie der ganze Artikel, so der Anfang — und wie der Anfang, so der ganze Artikel.

Wenn Vorhöfzer dem Vorstand Unehrlichkeit und Jesuitenmoral vorzuwerfen sich bemüht, so sollte er zum Mindesten auch den Nachweis für seine Vorwürfe erbringen.

Da dies nicht geschieht, so ist wohl die Annahme gerechtfertigt, daß er diese Vorwürfe wider besseres Wissen, lediglich als „Witze“ zu seinem Artikel erhoben hat. Eine Praxis, die für ihn bezeichnend, eines anständigen Menschen aber unwürdig ist.

Der Vorstand des D. M. V.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Berichtigung.

In den in Nr. 8 veröffentlichten Anträgen zur 11. ordentlichen Generalversammlung in Braunschweig ist zu berichtigen:

Der Antrag **Altenburg** zu § 4. Das Beitrittsgehalt für männliche Mitglieder 30 S, für weibliche Mitglieder 20 S.

Antrag **Jakob Giesen-Höln a. Rh.** Die Arbeitslosenunterstützung in gleicher Höhe wie die Reiseunterstützung festzusetzen. — Die Leistungen des Verbandes den Mitgliedern gegenüber nach der Zahl der Beitragsjahre oder Wochen steigen zu lassen, etwa in der Art, daß bei 1—5jähriger Mitgliedschaft das Reisegehalt sowie die Arbeitslosenunterstützung im Jahre 30 M nicht übersteigt. Bei 5—10jähriger Mitgliedschaft 45 M, über 10 Jahre 60 M.

Bekanntmachung.

Um verschiedenen Mißständen in Bezug auf die **Arbeitergesunde** in unserem Verbandsorgan zu begegnen, erjuden wir die Ortsverwaltungen, Bevollmächtigten u., die in unserem Organ annoncirenden Firmen einer genaueren Prüfung zu unterziehen und der Redaktion sofort irgend welche Anstände gegen dieselben zu unterbreiten. Es soll in letzter Zeit mehrfach vorgekommen sein, daß einige Inserate weniger den Zweck hatten, Arbeitskräfte zu erlangen, sondern mehr der Reklame dienten. Die Redaktion ist nie in der Lage, dies festzustellen, wenn sie nicht von den Mitgliedern davon unterrichtet wird. Darum ist es Pflicht jedes Mitgliedes, diese Inserate genau zu überwachen und etwaige Anstände und Mißstände den zuständigen Ortsverwaltungen mitzutheilen. Es ist schon im Interesse des Verbandes nothwendig, weil dadurch Reisegehalt für Tourer, die auf irgend welche Reklame-Annoncen und Engagements hin seitens der Mitglieder gemacht werden, bei ausreichender Kontrolle dem Verband erspart bleiben könnten.

- Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzubalten:
- Nr. 81751 des Schlossers Eduard Havertkamp, geb. in Minden i. W. am 15. Mai 1873.
 - 104 764 des Schlossers Johannes Hartjes, geb. zu Düssel-dorf am 24. Juni 1866.
 - 124836 des Schmiedes Ernst Stelzer, geb. zu Siegnis am 25. Februar 1868.
 - 134608 des Mechanikers Arthur Gichanski, geb. zu Kößchen am 6. Juni 1877.
 - 134854 des Drebers Otto Zeige, geb. zu Spandau am 18. Januar 1877.
 - 114465 des Schlossers Heinrich Greiner, geb. zu Bayreuth am 17. Juni 1872.

Der Maschinenstößer Hans Bickel, geb. am 17. April 1879 zu Nürnberg, Buch Nr. 116 608, hat in Januar 9 (neun) ihm anvertrauter Gelder unterschlagen und wird hierdurch aufgefordert, dieselben sofort zurückzahlen, andernfalls er ausgeschlossen wird. Die Verwaltungen werden ersucht, ihm diese Warnung mit der Aufforderung zur Rechtfertigung im Betreffsfall zur Kenntniß zu bringen. Er soll sich nach Nürnberg gewandt haben.

Alle für den Verband bestimmten **Geldsendungen** sind nur an **Theodor Werner, Stuttgart, Hederastraße 160/1**, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Berichtigung. In der Monatsabrechnung pro Januar sind von der Verwaltungsstelle **Welter** 100 nicht mit aufgeführt. Der Kassenbestand bleibt dadurch unverändert.

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Formen.

München. Am 21. Februar tagte im Restaurant St. Peter eine öffentliche Formerversammlung, welche gut besucht war. Die Tagesordnung lautete: „Bericht über den Formereistreik bei Landes und Stellungnahme hierzu.“ Der Referent Kollege **Bechter** nahm Eingang seiner Rede Veranlassung, eine Notiz in den „M. Meißner Nachr.“, als hätte er (Bechter) seine Mitarbeiter durch Drohungen zum Niederlegen der Arbeit veranlaßt, als Hauptung und gerichte der Redaktion eines so vornehm sein wollenden Blattes kaum zur Ehre. — Redner äußerte sich sodann des Ausführlichen über den gegenwärtigen Stand des Streiks, der in ein anderes Stadium getreten sei, da Landes für die Streikenden Ersatz aus Böhmen bekommen habe. Leider sei es bis jetzt nicht gelungen, die Leute über ihr Thun aufzuklären, da dieselben unter Bewachung von vier Gendarmen und einem Sicherheitskommissar von ihrem Absteigequartier „Postgarten“ in die Fabrik begleitet und Abends wieder abgeholt würden; da aber eine derartige „Begleitung“ nicht für die Dauer sein könne und für Landes jedenfalls Gefahr bestand, daß seine „Arbeitswilligen“ am Ende doch mit den Umständen in Berührung kommen könnten, habe er durch Zimmerleute in der Fabrik ein eigenes „Streikbrecherhotel“ errichten lassen, wodurch die Arbeitswilligen vollständig von der Außenwelt abgegeschlossen wurden; aber für die Dauer werden sie sich eine derartige Bevormundung wohl nicht gefallen lassen. Redner machte Mitteilung, daß sich Herr Fabrikinspektor **Pöllath** in zuvorkommender Weise freiwillingig bereit erklärte, mit Landes zu unterhandeln; seine Bemühungen hatten jedoch einen negativen Erfolg. Der Patriotismus und die christliche Nächstenliebe des Herrn Landes habe sich bei diesem Streik wieder in einem besonderen Lichte gezeigt; während Herr Landes seinen deutschen Arbeitern einen Durchschnittslohn von 3,50 M bezahlte, gab er den Böhmen einen Durch-

schnittslohn von 4,30 M. — In der nun sehr lebhaft geführten Diskussion wurde der Streitenden von sämtlichen Rednern Sympathie zu Theil und dieselben zum Ausbahren ermahnt. Mit lebhaften Beisourufen wurden die Mittheilungen eines Streikpaktens angenommen, wonach die Arbeitswilligen eine Zusammenkunft mit den Streitenden wünschen, um sich gegenseitig auszusprechen zu können. Schließlich fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heutige öffentliche Formerversammlung drückt den streikenden Kollegen ihre vollste Sympathie aus und fordert sie energisch auf, auszuharren in ihrem gerechten Kampfe bis zum Sieg. Zugleich protestirt die Versammlung gegen das lägenhafte Gebahren gewissenloser Berichterstatter in den kapitalistischen Zeitungen. — Nachtrag. Den Streitenden gelang es am 21. Februar, Abends, mit den Böhmen zusammenzukommen. Bei dieser Unterredung erklärten die Böhmen, gleich am Montag Früh die Arbeit niederzulegen, indem sie jetzt den richtigen Sachverhalt wissen; sie seien vollständig beschwändelt worden. Es wurde ihnen gar nichts gesagt, daß Streik sei, durch falsche Angaben würden sie hierher gelockt. Aber lieber wollten sie Hunger leiden als Streikbrecher machen. Sie seien selbst, alle 9 Mann, organisirte Formen. Am Dienstag Früh fuhren sie wieder ab nach Prag mit dem Versprechen, in ganz Böhmen für unsere Sache zu agitiren und dafür zu sorgen, daß Herr Landes keine Formen mehr aus ihrem Heimathland bekommt. Ein Bravo den Böhmen für ihr ihr Solidaritätsgefühl! — Jetzt will es die Firma mit Italienern versuchen; wir werden aber auch da ein wachsam Auge haben. Kollegen in ganz Deutschland, steht uns bei in unserem Kampf. — Zum zweiten Male hatte es der kgl. Fabrik- und Gewerbeinspektor verjucht, eine Unterredung anzubahnen, aber die Firma Landes hat es wieder entschieden abgelehnt, sie geht mit dem Vorjah um, uns „auszusperren“. Die Streitenden haben geschworen, auszuharren in ihrem Kampf, sie fallen nicht um und komme es wie es wolle.“

Gelbgießer und Gürtler.

Hamburg. Die Gelbgießer und Gürtler u. s. hielten am 17. Februar eine Mitgliederversammlung ab. Bei der Delegirtenwahl erhielt von 76 abgegebenen Stimmen Schulz 75, Ackermann 47, Weinheber 37, Deisinger 30, Köpke 27, Zippel 19, Junge 10, Fiedler 9, Weinert 5, Siebert 4, Diederich 3. Kollege Ackermann verliest den von der Kommission ausgearbeiteten Statistfragebogen, der mit einigen unwesentlichen Aenderungen angenommen wird. Die Werkstardelagierten werden mit der Ausgabe derselben betraut und haben für die prompte Ablieferung Sorge zu tragen. Kollege Schulz macht bekannt, daß für die Hafnarbeiter bis jetzt 4000 M eingegangen sind und ermahnt die Kollegen, auch weiterhin die Ausgaben nach Kräften zu unterstützen.

Klempner.

Hamburg. Sektion der Klempner u. v. B. Versammlung am 16. Februar. Beim ersten Punkt referirte der Vorsitzende über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse hier am Ort. Er führt aus, daß unser Lohnstarf von 1888 (Minimallohn 24 M in der Werkstelle und 27 M auf Bau) jetzt zwar in den meisten Werkstellen bezahlt würde, daß dieser Lohnsatz aber mit den Ausgaben, welche das theure Hamburger Pflaster verursacht, um auch nur ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein zu fristen und nicht ganz auf die Lebensstufe der Kuli zu sinken, nicht in Einklang zu bringen ist, namentlich wenn man noch bedenkt, daß die Mehrzahl der Klempner Saisonarbeiter sind und während der Wintermonate von den Ueberbräufen vergangener Monate leben sollen. Da die Ueberbräufen aber gewöhnlich „vergriffen“ sind, so sind die Betroffenen Noth und Glend preisgegeben. Es ist deshalb selbstverständlich, daß der Verdienst im Sommer ein derartiger sein muß, daß man in der todtten Saison, wo gerade die Ausgaben für Lebenshaltung, Feuerung usw. am bedeutendsten sind, den nagenden Hunger und die bittere Kälte von sich und den Seinen abhalten kann. Wie steht es nun mit dem Verdienst? Rechnet man im Durchschnitt eine monatliche Arbeitsperiode, und das ist eher zu hoch als zu niedrig gegriffen, bei 27 M Lohn, so ergibt das eine Jahreseinnahme von 945 M. Von Autoritäten ist festgesetzt worden, daß man in Hamburg 1500 M bedarf, um unter den bescheidensten Verhältnissen leben zu können. Man vergleiche hiermit unser Einkommen! Aber auch nicht Allen ist es vergönnt, dieses Klemeinkommen von 900—1000 M einzuhemmen, nur ein Bruchtheil vermag es, ein anderer Theil muß sich mit Löhnen von 24, 21 und 18 M begnügen. Aus alledem geht hervor, daß unsere Lage sehr verbesserungsbedürftig ist und befristet Redner die Aufstellung einer Statistik zur genauen Feststellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hier am Ort; dieses Material sei zur geeigneten Zeit der Öffentlichkeit zu übergeben. Mehrere Redner schloßen sich diesen Ausführungen an und veranlaßten dieselben in Bezug auf Arbeitsangelegenheiten. Zum Schluß wurde der Antrag der Verwaltung betreffs der Lohn- und Arbeitsstatistik angenommen und dieselbe ersucht, der nächsten Versammlung einen diesbezüglichen Fragebogen vorzulegen. Auf Antrag wird beschlossen, auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung nochmals: „Unser Lohnstarf“ zu setzen, um dieses Thema gründlich zu erörtern, wozu heute wegen Wichtigkeit der übrigen Tagesordnung keine Zeit mehr sei. Darauf folgte die Delegirtenwahl. Beim 3. Punkt berichtet Birckholz über die letzte Kartellitzung, woran sich eine längere Debatte über den am 6. Februar aufgegebenen Streik der Hafnarbeiter schloß. Von mehreren Rednern wird der Verlauf des Streiks eingehend geschildert und betont, daß, wenn derselbe auch keine materiellen Vortheile gebracht habe, so sei doch durch diesen Kampf bei den Hafnarbeitern das Klassenbewußtsein gestärkt worden und sie haben erkannt, daß nur eine starke Organisation im Stande ist, in Bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein Wort mitzusprechen und für das Wohl der Arbeiter einzutreten. Durch eine Anfrage des Kassirers entspringt sich eine lebhafteste Debatte über die Extramarken und stellt Wilmshmeier den Antrag, den Extrabeitrag bis auf Weiteres auf 50 S herabzusetzen. Hierzu wird vom Vorsitzenden mitgetheilt, daß das Kartell in dieser Angelegenheit in nächster Zeit einen bestimmten Beschluß fassen wird und wir uns diesem fügen müssen. Der Antrag Wilmshmeier wird abgelehnt. Ein weiterer Antrag: „Die Versammlungen in Zukunft alle 14 Tage stattfinden zu lassen“, wird angenommen.

Kiel. Am 23. Februar fand in der kleinen Bäckerei eine öffentliche Kleinverjammlung statt mit der Tagesordnung: „Vorbereitung der Kleinverjammlung und Umgegend.“ Zu dieser Verjammlung waren auch die Meister eingeladen, da versucht werden sollte, auf gutlichem Wege eine Lohnaufbesserung zu erreichen. Nach einem Referat von Kollege Friemann über Lebenshaltung und Ausgaben in einer Arbeiterfamilie wurde in eine Diskussion über die Lohnforderung eingetreten. Nach eingehender Debatte über diesen Punkt wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die öffentliche Kleinverjammlung beschließt, mit nachstehenden Forderungen an die hiesigen Kleinverjammler heranzutreten: 1. Festsetzung eines Minimallohnes von 40 S pro Stunde; 2. für Arbeiterfamilien 10 S Lohnzuschlag; 3. an den Vorabenden der drei hohen Feiertage um 4 Uhr Feierabend ohne Lohnabzug. Sind Notharbeiten vorhanden, so sind diese als Nebenarbeiten zu berechnen. 4. Abschaffung von Kost und Logis beim Meister.“ — Alsdann wurden die Kollegen Friemann, Schulz, Göhring, Mau und Fusch in eine Kommission gewählt, welche die nötigen Schritte einzuleiten hat.

Metall-Arbeiter.

Altona. D. M. A. Mitgliederversammlung am 15. Febr. Bei der Delegirtenwahl zur Generalversammlung erhielt Kroll-Altona 113, Frösching-Helbe 18 Stimmen. Der Vorsitzende theilt mit, daß dem Verband das Total des Hrn. Lieberling-Kienietten unter günstigen Bedingungen zum Sommervergnügen zur Verfügung steht. Da dasselbe als zu klein erklärt wird, wurde eine Kommission von 4 Mann gewählt, welche die Angelegenheit zu regeln hat. Kroll erstattet Bericht vom Kartell. — Zur Zeitungsbeilage meldet sich ein Mitglied freiwillig.

Bendorf a. Rh. Es wird ersucht, den Zugang von Schloßern und Kesselschmieden von der Dampfseilfabrik von Joh. Reuber in Bendorf a. Rh. fernzuhalten.

Dresden. Die Kunsttätler Metallarbeiter hielten am 31. Januar in Seipert's Gasthof in Riechen ihre Jahresversammlung ab. Kollege Reichard erstattet Bericht über die Thätigkeit der Lohnkommission. Er hob ganz besonders hervor, daß sich in Folge der intensiven Agitation innerhalb des letzten halben Jahres die Mitgliederzahl verdoppelt hätte. Da die Kommission in jeder Hinsicht ihrer Aufgabe gerecht geworden, wurde sie wiedergewählt. — Der Bevollmächtigte bestätigte in seinem Bericht das Wachsen des Verbandes. 1895 waren 234 und 1896 426 Mitglieder zu verzeichnen. Dieselben vertheilen sich auf folgende Berufe: Schlosser 185, Dreher 66, Klempner 34, Schmiede 30, Gürtler 14, Mechaniker 13, Kesselschmiede 1, Formner 12, Seitenhauer 8, Feizer 4, Kupferhämmer 3, Metallgießer 2, Metallschleifer 2, Techniker 1, Goldarbeiter 1, Metallrührer 1, Metallschläger 1, sonstige Metallarbeiter 29, Hilfsarbeiter 7, Arbeiterin 1. Zur Zeit beträgt die Mitgliederzahl 540. Zwei neue Zahlstellen wurden gegründet, in Rätzsch bei Meichen und in Neibau. Erstere entwickelt sich immer mehr, so daß zur Zeit 35 Mitglieder an diesem kleinen Orte sind. Ferner sei noch der Unverwilligkeit gedacht, mit welcher die Kunsttätler Metallarbeiter die Streiks im letzten Jahre unterstützten, so sind z. B. für die streikenden Hafenarbeiter bis jetzt 700 Mk abgeschrieben worden. Leider sind auch wieder einige Kollegen mit Strafmandaten bestraft worden, so Ehrhardt mit 30 Mk, Schulze mit 15 Mk und Kollege Reichard ist wegen der Arsenalkarte angeklagt. Nachdem dem Bevollmächtigten Decharge erteilt worden war, ging man zum 3. Punkt: Stellungnahme zur Generalversammlung über. Hier entspann sich eine lebhaft Diskussion, alle Redner waren gegen die vom Vorstand beantragte Arbeitslosenunterstützung, die abgelehnt wurde. Die verschiedensten Anträge wurden gestellt. (Siehe Nr. 8. Red.) Zu Delegirten wurden dem Vorstand folgende Kollegen vorgeschlagen: Haack, Haack und Reichard. Im „Gewerkschaftlichen“ wurde der Lohnkommission empfohlen, die Klempner bei ihrer Bewegung thätig zu unterstützen. Sodann erfolgten noch die Kandidatenworschläge zur Gewerbegerichtsbeiratswahl. Es ließen sich noch 40 Kollegen in den Verband aufnehmen.

Dresden-II. In der Metallarbeiterversammlung am 20. Februar, die feierlich besetzt war, wurden nach Besprechung der Anträge zur Generalversammlung als Delegirte die Kollegen Haack, Haack und Reichard gewählt. Kollege Schulze hielt hierauf einen Vortrag über: Der Kampf um's Recht. Bei „Gewerkschaftliches“ bespricht ein Kollege die Verhältnisse in der Metallwaarenfabrik von Paß & Selauer. Er hebt besonders hervor, daß der Lohn der in der Gießerei beschäftigten Arbeiter trotz gesetzlicher Verbots in einer Gesamtarbeiterschaft ausgezahlt wird und daß die Herren Fabrikbesitzer auch an verschiedenen Waaren, welche sie an ihre Arbeiter abgeben, auch noch Geld verdienen. Folgende Resolution gelangt zur einstimmigen Annahme: Die heutige Verjammlung beschließt: für die Erwerbstätigen des D. M. A. nach Kräften zu agitieren, ferner anlässlich der Gewerbegerichtsbeiratswahl energisch für die Witz der Gewerkschaften einzutreten und Mann für Mann an der Wahl sich zu betheiligen.

Dortmund. In der am 13. Februar abgehaltenen Mitgliederversammlung des Metallarbeiter-Verbandes wurde die Wahl eines Delegirten zur Generalversammlung dadurch erledigt, daß Kollege Heinrich Meer gewählt wurde. Im Verlaufe derselben wurden die Kollegen ermahnt, sich der Mühe zu unterziehen, die Bedürfnissamkeiten auf den hiesigen Werken und Fabriken näher in Augenschein zu nehmen, um z. B. festzustellen, wieviel Personen nichtarbeitsfähig sind, wie die Anstalt beschaffen und für wie viele Personen sie berechnet ist, wie die Reinigung bewerkstelligt wird, wie oft und zu welcher Tageszeit. Dieses Material soll an den Kollegen Heinrich Meer, Hedemstraße 2a oder an das Gewerkschafts-Kartell gelangt werden, wo es gesammelt wird und dem Gewerbeinspektor übergeben werden soll.

Duisburg. 18. Februar. Resolution. Die heutige Mitgliederversammlung des D. M. A. beschließt, sich an die Wahl eines Delegirten zur Generalversammlung nicht zu betheiligen. Gründe: Bei den früheren Wahlen haben wir die Erfahrung gemacht, daß der Ort, an dem die meisten Mitglieder sind, den Delegirten wählt. Bei der jetzigen Eintheilung, wo Bochum, Du und Weisungen einen Delegirten zu wählen hat, bringt Damm diesen Vorzug in hohem Maße, also bleiben die beiden letztgenannten Stützungen unbetreten. Da die beiden ersten Provinzen beide Male vertreten waren, letzterem auch wir, haben wir keine Veran-

lassung, für andere Delegirte einzutreten, eventuell uns ausichtslos zu machen.

Hamburg-Horn. Am 13. Februar fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Bei Besprechung der Anträge zur Generalversammlung entspann sich eine lebhaft Debatte über die Vorschläge des Vorstandes betreffs Erhöhung der Beiträge auf 25 S und Annahme der Arbeitslosenunterstützung. Nach längerer Diskussion gelangte ein Antrag Gutschmit mit Majorität zur Annahme: Die heutige Verjammlung erklärt die Arbeitslosenunterstützung für unannehmbar, da durch dieselbe der Verband nicht gestärkt werden kann, sondern den Mitgliedern dadurch nur neue Lasten auferlegt werden.“ Der Antrag, die Beiträge auf 25 S zu erhöhen und Befassung der Meiseunterstützung wurde einstimmig angenommen. Nach Aufstellung eines Kandidaten zur Generalversammlung (Weinheber 17, Junge 5 Stimmen) wurden die Kollegen Gutschmit und Neumann als Zählkontrollenre gewählt.

Hamburg. Eine Extramitgliederversammlung des D. M. A. fand am 13. Februar statt. Bei der Delegirtenwahl wurden 36 Stimmen abgegeben. Ein beachtenswertes Zeugnis für die Interessiertheit der Mitglieder. Ann. d. Schriftl. Davon erhielt Hertha 32 Stimmen, Schulz-Wandbeck 1, Nabe-Wilhelmsburg 1, zerplittert 2. — Kollege E. führte nochmals seine schweren Bedenken gegen die Arbeitslosenunterstützung vor Augen. Kollege Hertha erklärt sich als entschiedener Gegner der Arbeitslosenunterstützung. Bei Einführung derselben sehe unsere Organisation bei etwa eintretenden wirtschaftlichen Krisen auf dem Spiel. Zu diesem Experiment könne er seine Zustimmung nicht geben. Bei einer derartigen Unterstützung würde man von dem Boden des Klassenkampfes abweichen und aufhören eine Kampfsorganisation zu sein. Die Hauptaufgabe sei, eine starke Organisation zu schaffen nach dem Vorbilde der Arbeitgeber. Folgende Resolution wird einstimmig angenommen: Die Verjammlung erklärt sich mit den Ansichten des Referenten sowie des gewählten Delegirten voll und ganz einverstanden. Sie verwirft deshalb den Antrag des Hauptvorstandes, betreffs Arbeitslosenunterstützung, weil durch derartige Einrichtungen für unsere ernste Sache leicht eine Verleumdungsgefahr entstehen kann und bei wirtschaftlichem Niedergang der Verband in Frage gestellt ist. Nur durch energische Agitation und Aufklärung unter den Metallarbeitern über die Verfürgung der Arbeitszeit vermindert sich die Verjammlung einen wesentlichen Vortheil zu Gunsten des Verbandes. — Im „Verständlichen“ wurden die beiden Kartelldelegirten beauftragt, für Verbreitung der Sammelblätter zu sorgen. Weiter wird der Antrag angenommen, eine Unterstützung für ein fränkisches Mitglied beim Hauptvorstand zu beantragen. Der Vorschlag, in nächster Zeit eine öffentliche Metallarbeiter-Verjammlung einzuberufen, wird der Verwaltung überwiesen.

Jena. Die Mitgliederversammlung am 13. Februar wählte mit 44 Stimmen den Kollegen Weber-Jena als Delegirten zur Generalversammlung. Kollege Schumann erstattet Bericht vom Kartell. Im Weiteren wurde nochmals der Hamburger Hafenarbeiterstreik erwähnt und wurden die Kollegen aufgefordert, die Sammlungen nicht einzulassen zu lassen. Eine von Kollegen Hirschelemann vorgenommene Sammlung ergab Mk 13,65. Im Ganzen wurden bis jetzt Mk 200 von Jena abgeschickt. — Am 15. Februar fand hier eine öffentliche Verjammlung statt, welche von dem Gewerbeverein (D. M. A.) einberufen war; als Referent war der Redakteur des „Gewerkschaftlichen“, Herr Goldschmidt, erschienen. Die Verjammlung war über seine zweistündige Rede sehr erregt. G. sprach nämlich über die Streiks und speziell über den Hamburger Hafenarbeiterstreik und meinte, daß die Gewerkschaften überall Niederlagen erlitten, in Folge dessen die Gewerkschaften durch gütliche Vereinbarungen überall Erfolg erzielten. Am 15. in den Augen der anwesenden Gewerkschaftler rüdig lächerlich zu machen. Dies er zum Schluß kräftig in die Harmoniepauze. Während der Vortrag ruhig angehört wurde, bot die Verjammlung während der Diskussion, die 2 1/2 Stunden dauerte, und an der sich nur Mitglieder der Gewerkschaften betheiligten, ein bewegtes Bild. Herr Goldschmidt wurde gehörig heimgelendet. Eine von uns eingebrachte Resolution kam weder zur Berlesung noch zur Abstimmung. Die einen Hoch auf die Sozialdemokratie und unter Abhängen der Marcelline verließen wir den Saal, während die Gewerkschaftler mit den Verglämern dazu traukelten.

Kiel. Am 21. Februar hielt die hiesige Zahlstelle eine Mitgliederversammlung ab. Als Delegirter zur Generalversammlung wurde Haack gewählt. Derselbe wurde auch zur Konferenz nach Weiden delegirt, Birner als Stellvertreter. Die Kollegen Erdmann, Arndt, Pauli und Bräcker meldeten sich freiwillig zum Zeitungsstragen.

Köln a. Rh. In der am 21. Februar bei Mebus abgehaltenen kombinierten Verjammlung der Metallarbeiter wurden folgende Beschlüsse gefaßt. In: Wie haben wir unsere Organisation am Orte? 1. Bei wichtigen Angelegenheiten in unserer Organisation wird eine allgemeine Vorstandssitzung einberufen. — 2. Jede Zentrale wählt vor jeder kombinierten Verjammlung 3 Mann, welche die betr. Verjammlung bejuden müssen. — 3. Alle drei Monate wird eine Vorstandssitzung jänuarlicher Zentrale abgehalten. 4. Um eine wirkliche Agitation zu erzielen, werden so oft wie möglich Branchensitzungen abgehalten. Außerdem wird eine Zentrale über Arbeitszeit und Arbeitslohn veranlaßt. — 5. Die Zentrale beschließt auf der nächsten kombinierten Verjammlung, wann die Vorstandssitzungen stattfinden sollen. — Der Punkt: Die Verhältnisse in den hiesigen Werkstätten wurde im 1. Punkte mit besprochen. — Die Zeitungsbeilage wird den einzelnen Zentralen überlassen. — Die ferneren kombinierten Verjammlungen werden der Reihenfolge nach in folgenden Orten stattfinden: Ehrenfeld, Wülfrich, Lindenthal, Köln. — Auf Antrag wird beschlossen, der Zentrale Köln-Kord eine Klage zu ertheilen, da vom dieser Zahlstelle Niemand anwesend war.

Köln. In der Verjammlung am 21. Februar, die von über 100 Personen besucht war, sprach Kollege Honrat über „Die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Ralfer Metallindustrie“. Der Vortragende erregte vielen Beifall. 12 Kollegen wurden angenommen. Zur Generalversammlung wählten 32 Mitglieder. Sammelliche Stimmen fielen auf Jakob Giesen-Köln. In nächster Zeit soll eine Zahlstelle errichtet werden.

— Die Verjammlungen finden von jetzt ab regelmäßig alle 14 Tage im Saale der Wittwe Deitshoven, Hauptstraße, statt. In den Zwischenjambtagen ist Zahlgelegenheit im Verlehslokal bei Voh, Sandstr. 13. — Die Zeitung erhalten die Mitglieder entweder Freitag Abends in ihre Wohnung gebracht, oder Samstag in der Werkstelle. Die Kollegen werden erucht, unablässig für neue Mitglieder und guten Besuch der Verjammlungen zu agitieren.

Leipzig. Die Metallarbeiter des Westens hielten am 19. Februar eine öffentliche Verjammlung im Saale der Gesellschaftshalle zu Lindenau ab. Tagesordnung: 1. Die Hilfsarbeiter im Dienste der Großindustrie. 2. Sind Arbeitslosen- und Meiseunterstützung geeignet, für die Organisation Vortheile herbeizuführen. Zum 1. Punkt hatte Kollege Niemann-Gemüß das Referat übernommen. Redner schildert, wie die Handwerksmeister in den früheren Jahren sich nach und nach zu Zünften entwickelten und wie sich aus den Zünften die Kleinindustrie bis zur heutigen Großindustrie ausgebildet habe, und weist statisch nach, wie das Großkapital das Kleinhandwerk vernichte und sich zu großen Ringen zusammenschließe, die auch die Arbeiterorganisationen zerstören wollen, was der Hamburger Hafenarbeiterstreik bewiesen habe. Er ermahnte die Kollegen, sich immer fester in der Organisation zusammenzuschließen. Zu Punkt 2 referirt Kollege Scheib und wendet sich gegen jedes Unterstützungsweisen, ob sie Arbeitslosen- oder Meiseunterstützung heiße. In einer Kampfsorganisation dürften die Mitglieder nicht bloß zu Unterstützungsempfängern herangebildet werden, sondern zu Kämpfern, wie sie zu Kampfszeiten notwendig wären. Im ähnlichen Sinne sprechen sich die Kollegen Böhme, Krämer, Kottrich und Zirbel aus. Kollege Niemann meint, den Vorschlag des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes solle man nicht so kurzerhand ablehnen und sollte ihn diskutieren. Aber auch ihm käme der Arbeitslosenunterstützungsvorschlag für die Aufbringung der Mittel zu niedrig vor. Er hofft, daß die Generalversammlung zu Braunschweig das richtige treffen werde. Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute im Saale der Gesellschaftshalle tagende öffentliche Metallarbeiter-Verjammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten in beiden Punkten einverstanden. Sie erkennt an, daß nur durch eine starke Organisation die wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter verbessert werden kann und theilt die Ansicht, daß sich die Organisation keineswegs durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung emporschieben könne, da die obligatorische Einführung in Bezug auf die praktische Durchführung auf gehörigen Widerstand stoßen würde. Sie empfiehlt, um bei Nothfällen Einzelner Hilfe leisten zu können, den Ausbau der lokalen Unterstützungsfonds. Die Gelder der zentralen Organisation sind nach Ansicht der Verjammlung dazu gedacht, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern.

Leipzig. Eine öffentliche Metallarbeiter-Verjammlung fand am 20. Februar in den „Drei Mohnen“ statt mit der Tagesordnung: 1. Vortrag über Kleinhandwerk, Großindustrie und Arbeiter. 2. Werkstellenangelegenheiten. 3. Gewerkschaftliches. Zum 1. Punkt erhält Kollege Niemann das Wort und führte aus, daß der Kleinmeister nur das Bindeglied zwischen Gefellen und Großbetrieb sei. Das Handwerk stehe vor dem Ruin. Das Großkapital pfeift auf den selbstständigen Meister. Bei seinen Maschinen brauche er meist keine gelehrten Arbeiter. Die Handwerker haben sich z. B. in Halle in 40 Jahren um 38 Prozent verringert. Das Unternehmertum sei heute stramm organisiert und die Arbeiter hätten die Pflicht und Schuldigkeit nicht zurückzuziehen, sondern sich noch fester zu verbinden. Die technische Leistung der Großbetriebe habe sich z. B. bei Krupp seit dem siebziger Jahren vervierfacht, aber der Lohn sei nicht in dem Maße gestiegen. Das Altheilmittel für den Kleinmeister war die Bestrafung des Kontraktbruchs. Auch die Errichtung von Nachahmern sei nur ein Mittel, der Großindustrie geschädigte Arbeiter zuzuführen. Die Arbeiter haben in dem Kampfe mit dem Kapital nur das Mittel der Organisation und in den Verbänden haben die Arbeiter eine Waffe. Jeder soll es sich zur Pflicht machen, sich seiner Organisation anzuschließen. Die Verbände haben ihr Ziel auch auf den Arbeitsnachweis gerichtet, denn die Nachweise der Unternehmer sind so einseitig, daß derjenige, der sich nur das Geringste habe zu Schulden kommen lassen, keine Arbeit erhalte. Hieran schloß sich eine lebhaft Diskussion. Zum 2. Punkt, Werkstellenangelegenheiten, ergreift Kollege Scheib das Wort, um auf die Verhältnisse aufmerksam zu machen, die bei der Firma Dr. Langheim herrschen. Da seien die Schraubstöcke so eng, daß sich die Arbeiter jedes Mal anstoßen müßten, wenn gefeilt wird. Bei 14 Schloßern sei nur eine Bohrmaschine vorhanden und dabei würden daselbst Dynamomaschinen gebaut. Auch die Lohnverhältnisse seien nicht befriedigend, denn die Schlosser verdienen 31—36 S. Der Zugang gehe durch den Maschinenraum. Es wurde der Wunsch laut, daß sich der Herr Gewerbeinspektor die Fabrik ansehen möchte. Die Angaben wurden von den Arbeitern aus der Fabrik zu widerlegen versucht. Sie müßten aber doch zugeben, daß die Ausführungen auf Wahrheit beruhten. Auch in der Schleiferei der Maschinenfabrik von Krause bedürfen, so wurde angegeben, die Zustände einer Besserung. Die Löhne seien 26—32 S. Den letzteren Lohn bekomme einer, der schon 13 Jahre dort beschäftigt sei. Auch würden verschiedene Verhältnisse in der Metallwaarenfabrik von Steinbach gerügt. Sie konnten aber wegen vorgerückter Zeit nicht genügend besprochen werden. Es soll deshalb in kürzerer Zeit eine andere Verjammlung einberufen werden, die sich mit diesen Verhältnissen befassen soll.

Köln a. Rh. Am 21. Februar erklärten sich in einer Verjammlung die anwesenden Einzelmitglieder des D. M. A. mit allen gegen 2 Stimmen gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und für Abschaffung der Meiseunterstützung. Sie wraden sich einstimmig gegen die Erhöhung der Beiträge aus, da die Lohnverhältnisse hier durchaus nicht dazu angethan sind, höhere Beiträge zu entrichten. Sie erwarteten von der Generalversammlung, daß über diese Fragen eine Abstimmung stattfindet. — Es wäre wünschenswert, wenn die hiesigen Verbandskollegen etwas mehr Interesse für den Verband an den Tag legten und dafür sorgen könnten, den indifferenten Arbeitern, mit denen sie verkehren, die Nothwendigkeit der Organisation vor Augen zu führen.

Mainz. Eine geschlossene Mitgliederversammlung fand am 20. Februar statt. Beim 2. Punkt erregte zunächst die

Bekanntgabe der Anträge zur Generalversammlung durch den Vorstand eine Debatte und wurde folgender Protest einstimmig angenommen: „Die heute tagende Versammlung erhebt entschieden Protest gegen die einseitige Bekanntgabe der Anträge zur Generalversammlung, indem nur Anträge für Arbeitslosenunterstützung, aber solche gegen dieselbe nicht bekannt gegeben wurden und erlöst darin eine gewisse Mache für Exzesse, indem in § 16.2 nichts davon enthalten ist.“ Wir erlauben uns hier gleich einzuschalten, daß der Vorstand auch bei früheren Generalversammlungen genau so wie diesmal verfahren ist. Siehe Nr. 9 der M.-A.-Z. 1895, S. 6. Wenn man ein Statut nicht geändert haben will, dann stellt man keine Anträge, sondern stimmt einfach gegen die Abänderungsanträge. (Red.) An der Delegiertenwahl beteiligten sich 60 Mitglieder, deren sämtliche Stimmen Kollege Liebermann erhielt.

Leer. In der letzten Mitgliederversammlung wurden die vom Vorstand gemachten Vorschläge betr. Arbeitslosenunterstützung und Erhöhung der Beiträge besprochen. Sämtliche Mitglieder sprachen sich gegen die Vorschläge aus, da dieselben dem Verbands mehr schaden als nützen können. Die Arbeitslosenunterstützung sei, abgesehen davon, daß sie wohl kaum durchführbar, nicht geeignet, dem Verband die Mitglieder dauernd zu erhalten, wozu wir doch hauptsächlich Gewicht legen müssen. Die Arbeitslosenunterstützung würde den Arbeitgebern Veranlassung geben, unter Hinweis darauf die organisierten Arbeiter bei wachsender Gelegenheit am ersten zu entlassen. Die Erhöhung der Beiträge würde viele Mitglieder der Organisation wieder entfremden, da jetzt schon in jedem Quartal eine große Anzahl wegen Rückstand gestrichen werden muß. Die Verammelten sind der Ansicht, daß im Gegenteil es auch in Gegenden wie hier, wo die Lohnverhältnisse traurig sind, es Allen möglich sein muß, dem Verband dauernd anzugehören. Die großen uns noch fernstehenden Massen, die zum Teil unter noch schlechteren Verhältnissen arbeiten, zu gewinnen suchen, dafür müßten wir die vorhandenen Mittel verwenden, weil wir mit der Mehrheit zu rechnen haben. Mit Unterstützungsverprechen lassen sich die indifferenten Kollegen doch nicht imponieren, wohl aber mit einer großen Mitgliederzahl, die es allein ermöglicht, den bestehenden Uebelständen mit Erfolg entgegenzutreten, auch ohne große Mittel. Wenn die Mehrheit dem Verbands angehört, dann lassen sich die Anforderungen auch erweitern, wozu wir dann gern bereit sind.

Kade v. W. Zu der ersten Versammlung der neu gegründeten Verwaltungsstelle am 15. Februar wurde als Bevollm. Herr Schwarz, als starrer Willh. Viermann, als Schriftführer Herr Zasse, als Revisioner Otto Winkel und Herr de Hütter gewählt. 17 Kollegen ließen sich aufnehmen.

Schwabach. Am 21. Februar fand in Saale des „Grünen Baums“ eine Versammlung der allg. Zahlstelle statt, in der die Delegiertenwahl vorgenommen werden sollte. Hier zeigte sich wieder ein herrliches Bild: Zwei kleine Tischlein waren doch gut besetzt. Es wäre doch endlich einmal an der Zeit, daß derartige Versammlungen besser besucht würden, daß sich die Herren Kollegen, welche außerhalb der Versammlung so warm für die Sache eintreten, nämlich am Bierisch, heimlich mühen, zu erscheinen, wo es am Plage ist. Die Wirtschaftsvorrede derer hiesigen meistens nur zu Streit und wird größtenteils nur das Gegenteil des Tatsächlichen behauptet, was auch schon unangenehme Folgen für die Zahlstelle hatte. Wir in Schwabach stehen noch lange nicht auf dem Boden, auf dem wir stehen sollten; nehmen wir uns ein Beispiel an den Kadlern, den Zinnschlägern, Metallschlägern u. Daß wir hier noch zu arbeiten haben, dafür liefert einen Beweis die hiesige Gußstahlfabrik, denn dort wird der mächtige Lohn von 12 Mk bezahlt. Darum Kollegen, auf! besucht eure Versammlungen, helft thätig mit am Ausbau des D. M.-Z.

Wörzburg. Am 13. Februar fand unsere Monatsversammlung statt mit der Tagesordnung: Delegiertenwahl, Arbeitslosenunterstützung. Es erfolgte eine sehr lebhaft diskutierte über den Vorschlag des Vorstandes und über die Gründe, die für und gegen denselben sprechen. Die meisten Redner waren im Prinzip gegen jede Unterstützung, auch gegen die Arbeitslosenunterstützung, aber die Gerechtigkeit verlange es, daß man den Ortsansässigen dieselben Begünstigungen zu Theil werden lasse, wie den Kollegen, die zum Wanderschaft greifen. Also, man schaffe entweder die Arbeitslosenunterstützung ab und werde eine richtige Kampforganisation, oder man führe die Arbeitslosenunterstützung ein. Folgende Resolutionen wurden einstimmig angenommen: 1. Die Kollegen Wörzburgs erklären sich mit dem Vorschlag des Vorstandes einverstanden. Es soll aber eine Urabstimmung darüber erfolgen, weil alsdann die Meinung der Mitglieder besser zum Ausdruck kommt, als dies durch die Delegierten geschehen kann. 2. Auch soll die Zeitung nicht mehr obligatorisch sein, sondern wer sie lesen will, soll sie auch bezahlen, dadurch wird viel Geld erspart und die Mitglieder lesen sie dann eifriger, weil sie mehr Interesse daran haben.“

Berlin. In einer am 21. Februar abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung des Berliner Metallarbeiter-Verbandes (Vokalverein) stand auf der Tagesordnung: Wie stellen wir uns zum Anschlag an den Deutschen Metallarbeiter-Verband? Es wurde folgende Resolution mit allen gegen 4 Stimmen angenommen: „In Erwägung, daß durch die fortschreitende Technik und das sich stetig konzentrierende Kapital die Ausbeutung der Arbeit täglich intensiver wird; daß die Unrentnerklasse sich mehr und mehr zusammenschließt, um selbst die berechtigten Forderungen der Arbeiter abzuwehren; erwartet die Versammlung eine dauernde Hebung der Lage der arbeitenden Klasse nur von einer günstigen Umwandlung der privatkapitalistischen in eine sozialistische Produktion. Um dieses Ziel herbeizuführen und auch innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung die geistigen und materiellen Interessen der Berufsgenossen möglich zu wahren und zu fördern, ist eine feste Organisation notwendig. — Die Versammelten, welche seit Jahren in einem, nur auf Berlin beschränkten Verband organisiert sind, und unter dieser Form verfaßt haben, nach besten Kräften ihre Interessen zu vertreten. Sind überzeugt, daß die beste Form der Organisation die lokale wäre, falls es gelänge, alle Berliner Metallarbeiter in derselben zu vereinigen. Da diese Möglichkeit nicht vorhanden, vielmehr der seit Jahren bestehende Streit über die Form der Organisation das einzige kräftige Vorgehen verhindert, beschließt die außerordentliche Generalversammlung: Unter der Bedingung, daß die An-

träge des Vorstandes des „Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“ (welche in Nr. 8 der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht sind) auf der Generalversammlung am 20. April in Braunschweig angenommen werden, den „Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend“ aufzulösen und mit dem gemeinsamen Baarvermögen und Verbandseigentum am 1. Juli 1897 in den Deutschen Metallarbeiter-Verband einzutreten.“

Schlosser u. Maschinenbauer.

Hamburg. D. M.-S. Sektion der Schlosser u. Extraw. Mitgliederversammlung am 1. Februar. Birner theilt zunächst mit, daß die sämtlichen Sektionen von Hamburg und Umgegend vier Delegierte zur Generalversammlung zu senden haben, nicht, wie irrtümlich in der „Met.-Arb.-Ztg.“ veröffentlicht, nur drei. Ueber verschiedene Anträge wurde lebhaft debattiert und zum Schluß fand ein Antrag Weinheber, betreffend Abänderung des Wahlreglements, die Frist von der Veröffentlichung der einzelnen Wahlabtheilungen bis zur Nominierung der Kandidaten zu verlängern, einstimmig Annahme; gleichfalls ein Antrag Brand, auch bei Nichterfüllung der Arbeitslosenunterstützung den wöchentlichen Beitrag auf 25 A zu erhöhen. Als Delegierte wurden Weinheber und Deisinger in Vorschlag gebracht. Darauf erstattete Naumann den Bericht vom Gewerkschaftskartell, während Weinheber einen kurzen Bericht über den Hefenarbeiterstreik gab. Beide betonten, daß es Pflicht eines jeden Kollegen sei, die Ausständigen nach besten Kräften zu unterstützen. Nach sehr lebhaften Erörterungen votierten dann die Anwesenden einstimmig für ein gemeinschaftliches Vergütigen mit den übrigen Sektionen des Metallarbeiterverbandes von Hamburg. Sollte ein solches jedoch nicht zu Stande kommen, so hält unsere Sektion ein Vergütigen in nächster Nähe Hamburgs für sich allein ab. Mit den nötigen Arrangements wurden Lütke, Stahlbohn, Henje, Brand sen. und Kraak betraut.

Karlsruhe. Wenn wir die Spalten unseres Organs einmal in Anspruch nehmen, so geschieht es, um zu zeigen, wie man sich mit den Arbeitern umgegangen wird. Schlossermeister Ph. Kreis in der Grenzstraße hat nämlich für seine Lehrlinge und jüngeren Arbeiter sehr schöne Titel: „Kindvieh“, „Bauernvieh“, „Kameel“ usw. sind noch gelinde Ausdrücke, aber immerhin ein Beweis, wie es mit der Bildung dieses Herrn aussieht. Doch das nur nebenbei. Festen Montag feierten die Arbeiter ein paar Stunden für sich. Als sie am Dienstag zur Arbeit kamen, ließ Kreis die älteren Arbeiter zu sich kommen und sagte ihnen, daß sie in 14 Tagen aufhören können. Die Arbeiter fragten nur, ob sie deshalb entlassen werden, weil sie gestern ein paar Stunden feierten, da ja auch er (Kreis), an Kaiser's Geburtstag feiern ließ. Daraufhin erklärte K., nicht deshalb, weil sie einen „Blauen“ machten, würden sie entlassen, sondern weil sie auch bei dieser „Gesellschaft“ (Verband) sind. Es kämen ihm überhaupt keine Verbandsbrüder mehr in die Bude. Daraufhin legten die Arbeiter bis auf einen, welcher ebenfalls Verbandsmitglied ist, die Arbeit nieder. Dieselben erhielten zum Theil auch sofort wieder Beschäftigung. Zwei der älteren traten bei Mees in der Douglasstraße in Arbeit, doch nachdem sie 3 Tage gearbeitet hatten, kündigte ihnen Mees, ohne einen Grund anzugeben. Wir mühten allerdings sofort, daß K. die Hand dabei im Spiele hatte. Wir machen nun die Kollegen auf diese beiden Buden: Ph. Kreis, Grenzstraße und B. Mees, Douglasstr., besonders aufmerksam. — Nun noch ein Wort an die Kollegen in Karlsruhe: Macht endlich einmal auf aus eurem Dufel und schließt Euch der Organisation an, besucht die Versammlungen, denn den jetzigen guten Geschäftsgang müssen wir benutzen; jetzt können wir mit unseren Forderungen hervortreten, aber auch nur dann werden wir etwas erringen, wenn wir eine geschlossene Klasse sind. Kollegen, beherzigt dies, denkt über eure Lage nach, dann werdet ihr selbst zur Einsicht kommen. Auf zur Organisation!

Feilenhauer.

Hamburg-Altona. Die Firma Rudolph Kraft, Feilenfabrik, Hamburg-Altona, beabsichtigt am 1. April eine Lohn- resp. Akkordtarifherabsetzung von 10 Prozent eintreten zu lassen. Am 22. Februar wurde durch Anschlag in der Fabrik von Seiten des Herrn Geschäftsführers bekannt gemacht, daß die bisher bezahlten 10 Prozent Aufschlag bei den Bahnfeilen wegfallen sollen. Zuzug ist deshalb fern zu halten.

Hohenstein-Ernstthal. Bei dem Feilenhauermeister Bergner arbeiten 3 Kollegen, die dem Verband angehören, in Akkord nach einem Chemnitzer Preiskourant. Meister Bergner, der diesen Tarif unterschrieben, weigert sich, ihn weiter zu zahlen. Als die Gesellen auf ihrer Forderung beharren, äußerte B.: Wenn es nicht wisse, könne sofort aufhören. Er bekame Gesellen genug. Kollegen, haltet also den Zuzug fern. — Bei Meister Brückner haben die Gesellen ihre Forderungen bewilligt bekommen.

An die Verwaltungsstellen des D. M.-Z. von Schlesien und Posen.

Nach Beschluß der am 3. März v. J. in Breslau abgehaltenen Bezirkskonferenz von Schlesien und Posen beruft der Unterzeichnete die diesjährige Konferenz auf Sonntag, den 21. März, Vormittags 10 Uhr, in das Lokal „Gasthof zum goldenen Frieden“ in **Liegnitz** ein.

Tagesordnung:

1. Bericht der Delegierten.
2. Die dritte Generalversammlung und die Arbeitslosenunterstützung.
3. Die Agitation.
4. Verschiedenes.

Die Kollegen werden ersucht, hierzu Stellung zu nehmen und die Wahl der Delegierten zu vollziehen.

Mit kollegialem Gruß

J. A.: O. Fißel.
Die Delegierten werden ersucht, sich bei Paul Reumann, Liegnitz, Mittelstraße 511, anzumelden.

An die Metallarbeiter des Herzogthums Braunschweig und angrenzender Bezirke.

Auf Grund des Beschlusses der vorjährigen Konferenz zu Wolfenbüttel beruft unterzeichnete Kommission die nächste

Konferenz auf Sonntag, den 4. April, Vormittags 11 Uhr, nach **Peine** ein.

Provisorische Tagesordnung:

1. Bericht und Abrechnung der Agitationskommission.
2. Unsere Agitation.
3. Die diesjährige Generalversammlung.
4. Berathung anderweiter Anträge und Verschiedenes.

Die Kollegen werden nun ersucht, Delegierte zu wählen und vom Unterzeichneten die Mandatsformulare einzufordern. Die Delegierten werden auf dem Bahnhofe durch an grünen Schleifen kenntliche Kollegen abgeholt.

Mit kollegialem Gruß

Die Agitationskommission der Metallarbeiter Braunschweigs und angrenzender Bezirke.

J. A.: R. Brode,

Kaiserstraße 38 (nicht mehr Putzflern 4).

Erklärung.

Auf die zweite Rechnung und polemischen Ausführungen des Vorstandes erklären wir Folgendes: Es ist nicht nach unserem Geschmack, endlose Polemiken zu führen, da dieselben niemals etwas Gutes gezeitigt haben. Wir nehmen daher von einer ausführlichen Erwiderung Abstand. Zeitstellen wollen wir nur, daß es nicht gelungen ist, die Maßnahmen des Vorstandes mit Bestimmungen des Statuts zu belegen, denn sonst wäre doch der betreffende Antrag des Vorstandes zur Generalversammlung ganz überflüssig. Nicht bloß für Mitglieder sollte es „würdig sein mit Fähigkeit“ an den Bestimmungen des Statuts festzuhalten, sondern auch für den Vorstand.

Die „Protestler“ der 19. Wahlabtheilung Frankfurt a. M.

Vermischtes.

Der Buchbinder-Verband hielt vom 21.—23. Februar in Halle a. S. seinen Verbandstag ab. Der Geschäftsbericht des Vorsitzenden ergab ein verhältnismäßig günstiges Bild über den Stand der Organisation, die auf dem letzten Verbandstag beschlossene durchgreifenden Reorganisationen haben sich glatt vollzogen. Die beschlossene Gründung eines graphischen Kartells konnte bis jetzt nicht durchgeführt werden, da die Lithographen und Steindruckere momentan die nötigen Mittel nicht zur Verfügung haben. Die Lohnbewegungen sind im Ganzen sehr günstig verlaufen. Doch zeigt sich auch hier wieder, daß die erfolgreichsten Streiks die kürzesten und billigsten waren, während lange hinausgezogene Ausstände nur verhältnismäßig geringe Erfolge brachten. Die Mitgliederzahl des Verbandes betrug am 1. Januar 1893 2821, am 1. Januar 1894 3540, am 1. Januar 1895 4690, am 1. Januar 1897 7652. Unter den Mitgliedern sind ca. 2500 weibliche. Die Auflage der Zeitung ist auf 8700 Exemplare gestiegen. Zahlstellen bestehen 61 gegen 44 im Jahre 1893. Das Verhältnis zur Generalkommission wird in der bisherigen Weise beizubehalten empfohlen. Der Vokal-Verein in Berlin hat sich aufgelöst und sind sämtliche Mitglieder desselben dem Verband beigetreten. — Nach kurzer Debatte wird der Geschäftsbericht genehmigt, besonders auch die vom Verbandsvorstand und Ausschuss beschlossene Anstellung eines weiteren Beamten. — Der Klassenbericht zeigt ein außerordentlich erfreuliches Bild; trotzdem die im verflochtenen Jahre stattgefundenen Streiks allein eine Ausgabe von ca. 54000 Mk verursachten, verbleibt gegenwärtig noch immer ein Kassenbestand von über 35000 Mk. Dieses Resultat sei in erster Linie der großen Opferwilligkeit der Kollegen zu verdanken. — Nach langer eingehender Diskussion wurden die Beiträge endgiltig von 25 auf 35 A für männliche und von 10 auf 15 A für weibliche Mitglieder erhöht. Die Einführung klassenweiser Beiträge wurde einstimmig abgelehnt. Ferner wurde dem Verbandsvorstand das Recht eingeräumt, bei Bedarf eine Extratreuer, deren Höhe nach dem momentanen Bedarf zu bemessen ist, zu erheben.

Das zweite Arbeiterssekretariat Deutschlands eröffnete am 1. März seine Thätigkeit. Dasselbe wird finanziell getragen durch die Vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts und die sozialdemokratische Organisation der Stadt Stuttgart und Württemberg. Auf das Ausschreiben des Postens, der mit 2000 Mk Jahresgehalt dotirt ist, traten sechs Bewerber in Konkurrenz. Davon wurden von der Kommission zwei zur engeren Wahl empfohlen, und zwar in erster Linie der Vorstand der Vereinigten Gewerkschaften, Leipzig. Doch wählte die Versammlung mit 156 gegen 48 Stimmen den Schriftsteller Agster. Das Sekretariat erteilt Rath und Auskunft in allen gewerblichen Streitigkeiten: in Sachen der Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung; in Angelegenheiten des Arbeiterrechtes, des Vereins- und Versammlungsrechtes, wie auch, soweit als thunlich, auf allen Gebieten der Zivil- und Strafrechtsplege. Ebenso ist das Sekretariat behilflich betriebs Erwerbungs des Staats- und Gemeindegewerbes und in zahlreichen anderweitigen, die Interessen der Arbeiterklasse berührenden Punkten. Die Auskunftserteilung erfolgt unentgeltlich an Jedermann, ohne Unterschied des Geschlechtes, der Konfession, der Parteistellung usw.

Der Redaktionsbericht der Berliner Gewerkschaftskommission für das zweite Halbjahr 1896 ist soeben erschienen. Darnach sind gegenwärtig 84 Gewerbe durch 92 Delegierte in der Kommission vertreten. Aus dem Bericht ergibt sich ferner, daß die Lohnbewegungen in der letzten Zeit hauptsächlich auf Erriingung der neunstündigen Arbeitszeit gerichtet waren. Daneben spielten Lohnaufschläge und Einführung feiner Lohnskala noch eine gewisse Rolle. Auswertungen waren bei den Lithographen in größerer Zahl zu verzeichnen. Von Streiks erlitten 15 mit Erfolg für die Arbeiter, 3 hatten theilweisen Erfolg, bei dreien wurde ein Vergleich vor dem Gewerbegericht geschlossen, drei Streiks verliefen, ohne daß die Position der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer geändert wurde, und drei erlitten mit einer totalen Niederlage der Arbeiter. Vereinnahmt hat die Kommission an Streikgeldern ja. 4 250 000, darunter 4 156 790,33 für die Hamburger Hefenarbeiter. Für die Lithographen und Steindruckere gingen 4 36 222 ein.

Der Verband der Graveure, Ziselure und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, der auf dem zu Weihnachten vorigen Jahres abgehaltenen Kongress bedingten wurde, hat am 1. Februar seine Thätigkeit begonnen.

Er gewährt den Mitgliedern für einen Wochenbeitrag von 30 nach 26wöchentlicher Karenzzeit eine Arbeitslosenunterstützung von 9 M pro Woche auf die Dauer von vier Wochen in einem Kalenderjahr, Reiseunterstützung nach 13wöchentlicher Karenzzeit in einem Kalenderjahr bis zum Höchstbetrag von 10 M, kostenlosen Rechtskonsultationen, unentgeltliche Zulassung des Vereinsorgans: „Zeitschrift für Graveure und Sticheure“. Zum nächsten Ziel hat sich der Verband die Einführung des Neunjahrendertages gesetzt. Erster Vorsitzender der neuen Organisation ist der Graveur Ernst Brückner in Berlin SO., Mariannen-Platz 5, Hof 11.

Höhere Beiträge beschäftigen gegenwärtig die Vereinigung der deutschen Schmiede und den Zentralverband deutscher Maurer. Die Diskussion, welche in dieser für die Gewerkschaftsbewegung so wichtigen Frage jetzt gepflogen wird, zeigt, daß sich überall die Erkenntnis Bahn bricht, daß mit niedrigen Beiträgen ebensowenig an die Erfüllung der den Gewerkschaften zuzehenden Aufgaben gedacht werden kann, als es unmöglich ist, mit niedrigen Löhnen eine Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse herbeizuführen zu wollen.

Das norwegische Parlament hat einen Gesetzesentwurf angenommen, nach welchem Arbeitgeber mit Geldstrafe oder Gefängnis bestraft werden, welche versuchen, durch Entlassung, durch Drohung mit der Entlassung oder dem Verlust des Arbeitsverdienstes, durch Gewährung, Verweigerung oder Versprechen von Vortheilen, oder durch Lügenhaft, offenbar unbegründete Vorwiegungen ökonomischer Natur, in das politische Auftreten ihrer Untergebenen oder deren außerhalb der Arbeitszeit erfolgende Theilnahme an politischen oder politischen Vereinsleben einzugreifen oder in dieser Hinsicht einen Einfluß auszuüben. Ebenso werden diejenigen bestraft, welche durch Bestimmungen in den Arbeitsverträgen oder Arbeitsordnungen einen derartigen Einfluß ausüben versuchen. — Derartige wäre auch für unsere Unternehmer sehr notwendig, um ihren Uebermuth als moderne Sklavenhalter in etwas zu zügeln.

Die staatliche Beihilfe zur Unterstützung der Arbeitslosen haben im dänischen Folketing die Sozialdemokraten beantragt. Der Antrag lautet: 1. Der Minister des Innern wird ermächtigt, aus der Staatskassa einen Betrag bis zu 500 000 Kronen (ca. 562 000 M) jährlich an die Fach- und Arbeitervereine auszugeben, die sich die Aufgabe stellen, ihre Mitglieder bei eintretender Arbeitslosigkeit zu unterstützen, wenn dieselbe nicht dem eigenen Verschulden der Arbeiter zuzuschreiben ist. Der Staatsbeitrag wird zwischen den Vereinen nach ihrer Mitgliederzahl und im Verhältnis zu dem, was die Mitglieder selbst an Beiträgen für obengenannten Zweck zahlen, vertheilt. Der Beitrag der Verein mehrere Zwecke, so ist das Empfangen von Beiträgen aus der Staatskassa davon abhängig zu machen, daß der Mitgliederbeitrag zu dem in diesem Gesetz vorgeschriebenen Zweck eine besondere Abtheilung der Vereinskassa bildet, die zu keinen anderen Zwecken verwendet werden kann. Der Staatsbeitrag darf bis zum doppelten Mitgliedsbeitrag ausmachen, jedoch nicht über 10 Kronen (12,50 M) jährlich pro Mitglied. 2. Vereine, die zu dem in 1. genannten Zwecke Unterstützungen aus der Staatskassa empfangen, senden jährlich spätestens am 1. September dem Minister des Innern einen Bericht ein über denjenigen Theil ihrer Thätigkeit, der die Unterstützung der Arbeitslosen umfaßt. 3. Dieses Gesetz tritt am 1. April 1897 in Kraft und wird in der Reichstagsperiode 1900/1 einer Revision unterworfen.

An alle Ortsverwaltungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

richten wir die Bitte, doch möglichst nur solche Adressen oder Herbergen für den Zeinungsversandt angehen zu wollen, welche nicht in vielen Aenderungen unterworfen sind, als dies in letzter Zeit der Fall war. Bei der dies größer werdenden Auflage würden die Adressen den Zeinungsversandt weisentlich erleichtern. — Ferner erünnen wir, alle Aenderungen so zeitig abzuenden, daß wir sie noch am **Dinstag** erhalten.

Die Expedition der „A. Met.-Arb.-Ztg.“

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, F. V. D. Dietz Verlag) ist jeben das 22. Heft des 15. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Junker und die Wahlen. — Die Grenzen der materialistischen Geschichtsauffassung. Von C. Belfort-Bar. — Arena. Von Eduard Bernheim. — Der Streik der Diamantarbeiter in Hanau. Von Gustav Hoch, Hanau. — Litterarische Handbchau. — Notizen: Mehl und Brod. Europäische Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika. — Revue: Arne Seute. Von Bolckow Prus. Autentische Uebersetzung von F. Storzmaier.

Mißstände im Baugewerbe. Eine Arbeiterdarstellung, herausgegeben von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (C. Legien), Hamburg 6. Preis 60 S. Die 9 1/2 Bogen starke Schrift enthält eine Beschreibung aller Zweige des Baugewerbes und schildert eingehend die für die Bauarbeiter gefährliche Entwicklung, welche die Bauausführung in den letzten Jahrzehnten genommen. In so umfassender Weise, wie in dieser Broschüre sind die Missstände auf Bauten noch nicht dargestellt worden. Für die Bauarbeiter ist diese Broschüre ein unentbehrliches Handbuch. Es ist deshalb die weite Verbreitung der Broschüre im allgemeinen Interesse liegend.

Die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts im Königreich Sachsen. Auf Grund des sächsischen-Materials dargestellt von A. Sebel, 165 S. 8°. Preis M 1. Porto 10 M. Verlag der Buchhandlung des „Vorwärts“, Berlin SW., Buehstr. 2. — Der Verlag hat auch eine Agitationsausgabe herstellen lassen, die den Genossen bei Parteinbezug zum Preise von 30 A geliefert wird. — Dem kürzlich erschienenen Material über die Handhabung des sächsischen Vereinsrechts sind eine Einleitung und Schlussbemerkungen aus der Feder Sebel's beigegeben. Wir wünschen der Schrift zahlreiche Leser, vor allem im

Kreise unserer Gegner. Vielleicht steigt doch Einem oder dem Andern die Schamröthe in's Gesicht.

Briefkasten.

S., Karlsruhe. Ueber den gleichen Vortrag ist bereits in Nr. 51 v. J. ein ausführlicher Bericht enthalten.
S., Pforzheim. Nichts erhalten. Was soll der Brief enthalten haben?
O. A., Pries. Frage 1: Im Febr. 1893. Frage 2: Ja.

Verbands-Anzeigen.
Mitglieder-Versammlungen.

Aalen. Sonntag, 7. März, Nachm. 2 Uhr, im Lokal „Dirich“.

Alt- und Neugersdorf. Sonntag, 7. März, Nachm. 3 Uhr, in der „Helsenmühle“.

Ashaffenburg. Samstag, 13. März, Abends halb 9 Uhr, im Nebenlokale des „Bayerischen Hof“, Löherstr. 8. Vortrag. — Auch Nichtmitglieder haben Zutritt.

Augsburg. Samstag, 6. März, Abds. 8 Uhr, im „Neuen Hof“. Wahl eines Bevollmächtigten. Stichwahl zur Generalversammlung.

Berlin. Sonntag, 7. März, Vorm. halb 10 Uhr, bei Cohn, Buehstr. 21 (großer Saal). Vortrag des Herrn Walder-Manoie über: Zertrümmerte Götter. Stichwahl zur Generalversammlung in Braunshweig.

Berlin. Bezirks-Versammlungen: **Osten.** Dinstag, 16. März, Abds. halb 9 Uhr, bei Keller, Koppenstr. (im Tunnel). Vortrag. — **Zentr. u. Süden.** Mittwoch, 17. März, Abds. halb 9 Uhr, bei Bergner, Amnenstr. 16. Vortrag. — **Gesundbrunnen und Rosenthaler Vorstadt.** Mittwoch, 17. März, Abds. halb 9 Uhr, im „Viktoriagarten“, Badstr. 12. Vortrag. — **Moabit.** Mittwoch, 17. März, Abds. halb 9 Uhr, bei Fischer, Beunelstr. 9. Vortrag. — In allen Versammlungen Diskussion, Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Braunshweig. (Sektion der Schlosser, Maschinenbauer u. v. S.) Sonnabend, 13. März, in der „Englischen Krone“. Vortrag.

Bredow. Am 7. März keine Versammlung wegen der am gleichen Tage stattfindenden kombinierten.

Bremerhaven. Sonnabend, 13. März, Abds. halb 9 Uhr.

Coburg. Sonnabend, 6. März, Abds. halb 9 Uhr, in der „Reichshalle“.

Darmstadt. Jeden 1. und 3. Samstag im Monat im „Kaiser Friedrich“, Schloßgasse 12.

Dessau. Sonnabend, 13. März, Abds. halb 9 Uhr bei Müller, Friedhofstr. 14. Vortrag über Arbeit und Kapital. Die Klempner werden zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

Flensburg. (Allg.) Am 13. März bei A. Rüdellhahn, Gasthaus „Hoheluft“. Bibliothek.

Frankfurt a. M. (Allg.) Samstag, 6. März, Abds. 8 Uhr, im „Grünen Wald“, Allerheiligenstr. 26b. Vortrag. — Die Reisenden werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Friburg i. S. Samstag, 6. März, im Gasthaus zur „Stadt Seltorf“. — Die Reisenden werden an ihre Pflichten erinnert.

Hamburg-Horn. Sonnabend, 13. März, Abds. halb 9 Uhr, bei Herrn Mühs, Hörnerlandstr. Die zehn Gebote. Stichwahl.

Hannover. (Allg.) Sonnabend, 13. März, Abends halb 9 Uhr, im kleinen Saale des „Ballhof“. Elektrotechnischer Vortrag.

Hannover. (Sektion d. Klempner.) Samstag, 6. März, Abds. halb 9 Uhr im „Ballhof“.

Hannover. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, 13. März, Abds. halb 9 Uhr, bei Grending, Langestr. 2.

Halk 6. Köln. Samstag, 6. März, Abds. 9 Uhr, bei Deufeschoven, Hauptstr. Vortrag: Referent: Kollege Spiegel-Düppeldorf. Berichterangelegenheiten.

Karlsruhe. (Sektion der Schmiede.) Sonntag, den 7. März, Vorm. halb 10 Uhr, in der „Gäse“, Angartenstr. Vertheilung der Fragebogen.

Kiel. (Sektion der Klempner.) Dinstag, 9. März, Abds. halb 9 Uhr, bei Ahrends, Alte Heide 8.

Linden. Mittwoch, 10. März, Abends halb 9 Uhr, Vortrag.

Ludwigsburg. Samstag, 6. März, Abds. 8 Uhr, in Holländer's Brauerei. Stichwahl.

Pforzheim. Samstag, 6. März, Abds. 8 Uhr, im „Gold. Stern“. Bekanntgabe des Wahlresultats. Stellungnahme zu den Vorträgen zur Generalversammlung. — Die Mitglieder werden auf § 3 aufmerksam gemacht.

Stettin. (Alle Sektionen.) Sonntag, 7. März, Nachm. punkt 3 Uhr bei Zehn, Heinrichstr. und Zabelsdorferstr. — Vortrag des Genossen Abel. Anschauung vom Maschinenbau. Bibliothek.

Stettin-Zentr. Sonnabend, 13. März, Abds. 8 Uhr, bei Süßow, Kolonnen 61. Stichwahl zwischen zwei Kandidaten zur Generalversammlung. — Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen. — Den Reisenden bringen wir den § 3 6a in Erinnerung.

Stuttgart. (Allg.) Samstag, 6. März, Abds. 8 Uhr, im „Dirich“, Saal II. Vortrag.

Tübingen. Sonntag, 7. März, Nachm. 2 Uhr, bei Zeinmiller, Schloßstr. 77.

Tersch. Sonnabend, 6. März. Wahl eines Schriftführers und Kassiers. — Reisenden werden ersucht, ihren Pflichten nachzukommen.

Augsburg. Wir erünnen, uns die Adressen von dem Schlosser **Bruno Patig** und dem Formner **Karl Breder** mitzubringen. Die Druckverwaltung.

Baden-Baden. Unter Lokal befindet sich in der Buehstr. zum Weinberg.

Berlin. Das Generalsekretariat, Buehstr. 22, ist bis auf Weiteres Vormittags von 10—2 Uhr und Nachmittags

von 4—8 Uhr geöffnet; sämtliche Zuschriften sind zu richten an: Friedrich Schlegel, Buehstr. 22.

Hannover. (Allg.) Die Ortsverwaltungen und Reisegehaltszahler werden ersucht, den Schlosser **Paul Skorupa**, geb. am 29. Juni 1860 zu Bittow, eingetret. in Hannover am 20. März 1894, Haupt-Str. 76 032, anzuhalten, daß er seinen Verpflichtungen gegen die hiesige Verwaltung nachkommt.

Köln. (Sektion der Klempner u.) Der Kupferschmied **Max Segel**, geb. am 25. Dez. 1872, eingetret. am 30. Juni 1894 in Darnstadt, B. Nr. 78 824, wird ersucht, seinen Verpflichtungen gegen unsern Kassier nachzukommen.

Leipzig-Lindenau. Verkehrslokal der Metallarbeiter: „Restaurant Emil Weiske“, Lindenau, Carl Heinestr. 70.

Leipzig-Lindenau. Ersuche Alle, welche den jetzigen Aufenthalt des Drehers **Otto Bernsdorf**, geb. am 13. Nov. 1873 zu Herzingen, B. Nr. 86 001, kennen, denselben Unterzeichnetem mitzutheilen.

G. Kriegler, Carl Heinestr. 66.11.

Schwerin i. M. Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Karl Schwid, Schmied, Buehstr. 21; die des Kassiers: Rabisch, Apothekerstr. 24.

Freie Vereine.

Höbeln i. S. (Metallarbeiterverein.) Sonnabend, den 13. März auf der „Mühlenterrasse“.

Öffentliche Versammlungen.

Delitzsch. Am 13. März, Abds. 8 Uhr, in G. Fröde's Gasthaus, öffentliche Gewerkschafts-Versammlung. Referent: G. Koblack-Berlin.

Hildersrad. Am 7. März, Nachm. 4 Uhr, im „Darmstädter Hof“ öffentliche Metallarbeiterversammlung. Vortrag: Warum müssen wir uns organisieren? Referent: Kollege J. Dejung-Frankfurt.

Privat-Anzeigen.

Die Verwaltungen des D. M. V. werden ersucht, uns etwaige Anstände bei den in unserem Blatte Arbeiter suchenden Firmen sofort unter Angabe der Gründe zu melden.

Nachruf.

Am 20. Februar verstarb in Folge Unglücksfalles unser langjähriges, treues Mitglied, der Hobler 72] **Sermann Sisk.** Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Mitglieder des D. M. V., Zahlstelle Witten.

1 Feilenhauer findet bei guter Bezahlung dauernde Arbeit. 71] **Fr. Kölsch**, Feilenhauer, Göppingen.

4-5 tüchtige Feilenhauer bei hohem Akford sofort für dauernd geücht. 70] Nürnberger Feilenfabrik **Friedrich Max Gerberg**, Nürnberg-Glaishammer.

69] 2 Feilenhausergesellen erhalten sofort dauernde Stellung bei **H. Haunsch**, Feilenhausermstr., Betschau, N.-S.

Ein junger **Kunstformer** auf Silberguß wird angenommen bei 68] **Max Hishauer**, Pforzheim, gr. Gerberstr. 40.

Ein im Feilenhauereisen tüchtiger **Schleifergehilfe** findet bei Unterzeichnetem bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung. Verheiratheter nicht ausgeschlossen. 67] **Joh. Schönleber**, Schleifermeister, Augsburg.

Suche sofort mehrere tüchtige Feilenhauer. 62] **Herm. Suck**, Sevelsberg i. W.

1 tüchtiger Feilenhauer kann sofort eintreten bei 65] **Joh. Wöhl**, Feilenhausermstr., Nussbach.

Frau **Elisabetha Marx** in Menziken (Schweiz) bittet ihren Sohn **Heinrich**, ihr seinen Aufenthaltsort anzugeben, damit sie doch wieder ein Lebenszeichen von ihm hat. Wenn diese Zeilen Dir, I. Heinrich, vor die Augen kommen, so nimm sie als einen Gruß von Deiner stets an Dich denkenden Mutter.

Der Schlosser **Joseph Klajbor** aus Grone a. Br. wird ersucht, seiner Mutter umgehend seinen jetzigen Aufenthalt mitzutheilen. 73

Wir empfehlen unseren Lesern die neue im Verlage der Buchhandlung des „Vorwärts“ in Berlin erscheinende Wochenchrift

In freien Stunden.

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Preis pro Heft nur 10 A. Zur Zeit erscheint der kunstvoll und reich illustrierte Roman

1793 von Victor Hugo voll nachdr. Schilderungen aus der großen französischen Revolution.

Man abrukt bei der Post (Postzeitungskatalog für 1897 Nachtrag I, 3537a.)

9 Hefte sind erschienen.